

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3.00 RM. monatlich 1.50 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis
Belegt 1 die Nebenseiten Kolonelle
Seite 60 Pf. Kleine Anzeigen
das Freitagblatt Seite 20 Pf.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 17. Juli 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Der neue Kurs.

Reichstag.

Programmrede des Reichskanzlers am Donnerstag.

Der Aeltestenausschuss des Reichstags hat beschlossen, die
naechste Sitzung des Plenums auf Donnerstag nach-
mittag 3 Uhr anzuberaumen.

Am Freitag soll der Reichstag sich bis zum Sep-
tember vertagen. Der Hauptausschuss und der Ver-
fassungsausschuss werden vor der Vertagung keine Sitzungen
mehr abhalten; beide Ausschüsse werden aber vor dem Wieder-
zusammentritt des Reichstags wieder zusammenkommen, um
den Plenarsitzungen vorzuarbeiten.

Am Donnerstag wird der neue Reichskanzler
Dr. Michaelis im Reichstage sein Programm entwickeln.
Auch das von den Mehrheitsparteien beantragte Friedens-
programm soll zur Beratung gestellt werden.

Die interfraktionellen Besprechungen der
Mehrheitsvertreter gehen taeglich weiter. Das „Berl. Tagebl.“
bemerkte hierzu, es sei bei der immer noch gespannten politi-
schen Situation nur zu begreifen, dass die Mehrheit sich bei
dem weiteren Gang der Dinge nicht ausschalten lassen will,
sondern es fuer selbstverstaendlich haelt, zu allen aktuellen Fragen
Stellung zu nehmen. Die Besprechungen haben naturgemaeß
vertraulichen Charakter, aber es koenne gesagt werden, dass die
Mehrheit des Volkes jedenfalls erwarten darf, dass sich der
Reichstag bei dem gegenwaertigen Spiel der miteinander
ringenden politischen Kraefte nicht in den Hintergrund
druecken und die Stellung und das Ansehen des Parla-
ments sowohl dem In- wie dem Ausland gegenueber waehren
wird.

Nachdem sich der Reichskanzler am Sonnabend mit den
Vertretern der Reichstagsmehrheit besprochen, hat er am
Sonntag auch eine Unterredung mit der Minderheit gehabt,
wobei nach dem „Vollstaeandiger“ die beteiligten Herren, unter
ihnen Graf Westarp und Dr. Roedike, „den guenstigsten
Eindruck“ erhalten haben und „auf das freudigste beruehrt“
gewesen sein sollen.

Die „Nationalzeitung“, die dem neuen Mann gleichfalls
sympathische Worte widmet, meint in nationalliberalen Eifer,
auch ihm werde nichts anderes uebrig bleiben, als den Weg
der Mittellinie zu beschreiten.

Das waere dann also Bethmann Hollweg II! Aber Herr
Michaelis wuerde sofort beweisen, dass er aus der Geschichte
nichts gelernt hat, wenn er den Mittelweg, auf dem sein Vor-
gaenger zusammenbrach, noch fuer gangbar halten wuerde.

Wenn er in seinem Programm den Annexionisten Zu-
gestaendnisse machen woennte, so wuerde er gleich mit der ersten
Rede dem Reich schweren Schaden zufuegen und seine politische
Mission zum Scheitern bringen. Goffentlich ist er aber von
den vertraulichen Debatten des Hauptausschusses genuegend
unterrichtet, um zu wissen, dass dort vom Annexionismus,
der in der Oeffentlichkeit noch ein Scheinbald sein fristet, nichts
uebrig geblieben ist. Als vorsichtiger Mann wird er sich der
freundlichen Einladung, auf dieser Seifenblase eine
Reise ins Blaue zu unternehmen, verschließen muessen.

Die Bombenaffäre von Kristiania.

Norwegisch-deutscher Notenwechsel.

Die „Nordb. Allgem. Zit.“ veroeffentlicht nimmehr den
norwegisch-deutschen Notenwechsel, durch den die Bomben-
affäre von Kristiania zu diplomatischem Austrag de-
kommen ist.

Eine norwegische Note an Deutschland vom 28. Juni
befagt:

Durch die Ermittlung der betreffenden norwegischen Behoerden
ist nachgewiesen worden, dass der Kurier der Kaiserlichen Regierung,
von Rautenfeld, als solcher Bomben und andere
Sprengmaterialien nach Norwegen eingefuehrt hat.
Die Bomben sind in Privathaeusern, zu welchen von Rauten-
feld und die anderen Mitschuldigen Zutritt hatten, aufbewahrt
worden, und den Ermittlungen zufolge ist anzunehmen, dass ein
Teil der Bomben schon benutzt, oder ein Versuch der Be-
nutzung gemacht worden ist. Die Aufschriften der betreffenden Um-
schlaege bezeichnen als Aesender das Kaiserliche Aus-
waertige Amt und als Empfaenger die Kaiserliche Ge-
sandschaft in Kristiania.

Die koenigliche Regierung sieht sich deshalb beurlaubt, der kaiser-
lichen Regierung gegenueber einen entschiedenen Einspruch zu erheben
gegen diesen ernstlichen Mißbrauch des Kurierprivilegiums und die Ver-
letzung des norwegischen Territoriums und sieht einer Neuherung
der kaiserlichen Regierung entgegen.

Darauf antwortet am 9. Juli die deutsche Regierung mit
laengeren Ausfuhrungen, die in folgendem Bedauern gipfeln:

Die deutsche Regierung mißbilligt ausdruerklich das
eigenmaechtige und in keiner Weise zu rechtfertigende
Vorgehen der nachgeordneten Stelle und hat wegen dieses Miß-
brauchs des Kurierprivilegiums ein disziplinaerisches Ver-
fahren gegen die Beteiligten eingeleitet; auch ist der deutsche Ge-
sandschte in Kristiania beauftragt worden, der norwegischen Regierung
bestuegen das lebhafte Bedauern der deutschen Regierung zum
Ausdruck zu bringen. Ferner ist Vorsorge dafuer getroffen worden,
dass in Zukunft das von Berlin ausgehende Kuriergepaed im Aus-
waertigen Amt unter Verantwortung eines hoeheren Beamten auf
seinen Inhalt geprueft wird.

Was den Kurier selbst anlangt, so hat die deutsche Regierung
aus dem ihr vorliegenden Material die Ueberzeugung gewonnen,
dass er von dem Inhalt der in Rede stehenden Gepaeckstuecke Kennt-
nis erhalten hatte. Es waere seine Pflicht gewesen, dem Aus-
waertigen Amt davon Meldung zu machen; da er dies unterlassen
hat, ist er seiner Stellung als Kurier entzogen worden.

Weiter wird mitgeteilt, dass die deutsche Regierung die
Angelegenheit der Straffuertig uebergeben habe, doch wird
gegen die (spaeater wieder aufgehobene) Verhaftung des
Kuriere in Norwegen Verwahrung eingelegt.

Bestritten wird, dass die bloße Durchfuere und zeitweilige
Einlagerung von Sprengstoffen eine Verletzung der nor-
wegischen Neutralitaet in sich schliesse, und es wird darauf
hingewiesen, dass die Gegner Deutschlands groeße Mengen von
Munition durch Norwegen durchfuehren.

Zum Schluss heißt es:

Die deutsche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, dass die
vorstehenden Mitteilungen die norwegische Regierung von ihrer
ernstlichen Absicht, gegen vorgekommene Verletzungen mit allem Nach-
druck einzuschreiten und eine angemessene Vergueltung zu geben,
ueberzeugen werden, und dass insfolgedessen der von ihr
sehr bedauerliche Vorfall die freundschaftlichen Be-
ziehungen zwischen den beiden Laendern nicht
weiter beeintraehtigen wird.

Der Achtstundentag in Finnland.

Petersburg, 15. Juli. Die Petersburger Tele-
graphen-Agentur meldet aus Helsinki, dass der finnische
Landtag die Vorlage ueber den Achtstundentag in dritter
Lesung angenommen hat.

Im Laufe einer Nachsitzung hat der Landtag einstimmig auch
den Gesetzentwurf ueber die Gemeindeform angenommen.
Dass diese legislativen Ereignisse sich inmitten eines bis auf den
Grund leidenschaftlich bewegten Volkes vollziehen, wird durch immer
neue Nachrichten dargetan. Die Petersburger Telegraphen-Agentur
meldet gestern: Infolge der unter der Beobachtung herrschenden
Erregung, die mit den Landtagsverhandlungen ueber die Geset-
zentwuerfe, betreffend den achtstueandigen Arbeitstag und
die Gemeindeform, im Zusammenhang steht, fand gestern in
einem Dorfe bei Abo ein bluetiger Zusammenstoß
zwischen Arbeitern und Grundbesitzern statt.
Sieben Arbeiter wurden getoetet.

Keine Trennung der Ukraine von Russland.

Nach einer Neutermeldung stellte Kerenski in einer Ansprache
an ukrainische Bauern, die er in Kiew hielt, die Errichtung einer
foederativen russischen Republik in Aussicht. Die Petersburger
Telegraphen-Agentur meldet: Der Wechseldirektor Nekrasow er-
klaerte bei seiner Rueckkehr aus Kiew Pressevertretern, der Rat der
Ukraine erstrebe nicht die Trennung von Russland.

Die vor einigen Tagen durch Wiener Blaetter verbreitete Nach-
richt, der ukrainische Zentralrat in Kiew habe eine selbstaendige
ukrainische Republik proklamiert und sich als ukrainische Republik
konstituiert, erhaelt durch diese Behoerungen der russischen Staats-
maenner eine beachtenswerte Ergaenzung. Die Reise der Minister
deutet darauf hin, dass die Lage in Saedraenland bis zur Krise ge-
diehen war, aber nach den jetzt ausgegebenen Aeußerungen scheint
es gelungen, die Wege zusammenzufuehren. Die russische Republik
bricht der Gefahr auseinanderbrechender Dezentralisation die Spitze
ab, indem sie das Ziel anstrebt, einen foederalistischen
Nationalstaet zu begruenden.

Auf dieses Ziel richtet sich auch der Autonomiekampf der
Ukrainer, dessen Prinzipien auf dem am 24. Juni in Kiew tagenden
allukrainischen Truppenkongress, den die vorlaeufige Regierung ver-
gebens zu hindern bemueht war, in einer groeßen Resolution fest-
gelegt worden sind. Diese Resolution hob den Willen, mit Rus-
sland verbunden zu bleiben, hervor und brachte zum Ausdruck,
dass das Ziel der Autonomie, fuer dessen Loesung die vorlaeufige Regie-
rung unfaehig sei, aus eigener Kraft verwirklicht werden wuerde. Es
scheint nun, dass die Ukraine den Erfolg buchen kann, bei der all-
russischen Regierung zu Achtung vor ihrem Willen zu gelangen.

Wirkung aufs Ausland.

Das Stueck friellicher Umwaeltung, das wir jetzt in
Deutschland erleben, wird vom Kopenhagener „Socialdema-
kraten“ als ein Ereignis gewertet, das, wenn es auch in
anderen Formen verlaufe, kaum geringere, vielleicht sogar
groeßere Folgen haben werde, als die Revolution in Rußland.
Der hervorragende Anteil, den die deutsche Sozialdemokratie
an diesem Ereignis hat (waehrend ihr abgepaltenere Teil dazu
nichts tut als raesonnen), ist bekannt. Hier wird ein Stueck
praktischer Arbeit fuer den politischen Fortschritt Deutschlands
und fuer die Wiederkehr des Friedens geleistet. Die Kaelmpfe
darum sind noch nicht abgeschlossen, man kann vielleicht sogar
sagen: sie haben erst begonnen, aber sie haben gut be-
gonnen, und der kraetige Wille ist vorhanden, sie zu einem
guten Ende zu fuehren.

Nicht alle sind indes mit den Vorgaengen in Deutschland
so zufrieden, wie unser daenisches Bruederblatt. Aus den
Preßstimmen, die vom feindlichen Ausland zu uns ueberber-
schallen, hoert ein uns um so mehr bekannter Klang. Genau so
wie der Groestell der franzoesischen Presse zu den deutschen
Ereignissen hat sich bei uns die alldeutsche Presse zur russischen
Revolution gestellt.

Wir haben die russische Revolution als ein geschichtliches
Ereignis von ueberganglichem Wert begriffen und aus ihr den
Ansporn genommen, mit nur noch vermehrer Willenskraefte
auch fuer die deutsche Demokratie einzutreten, wobei wir
uns wohl dessen bemueht blieben, dass jedes Land seine be-
sondere Taktik erfordere. Die Kurzsichtigkeit der Alldeutschen
sah aber in der russischen Revolution nichts als eine
militaerische Chance, und waehrend wir uns fragten: „Was
nueht sie dem Fortschritt, was nueht sie dem Frieden?“, fragten
jene nur: „Was nueht sie zu unserem Sieg?“

Genau dieselbe kurzfristige Betrachtungsweise finden wir
jetzt in einem groeßen Teil der franzoesischen Presse den
deutschen Ereignissen gegenueber. Man ist mit ihnen sehr un-
zufrieden, weil sich aus ihnen nicht die allermindeste Aussicht
ergibt, die deutsche Westfront ueber den Haufen zu rennen,
den Weg zu einem militaerischen Spaziergang nach Koeln und
Frankfurt a. M., nach Offen und Mannheim zu eroffnen und
den Krieg mit einem Eroberungsfrieden zu beenden.

So wenig nun die russische Revolution zu dem Zwecke
unternommen worden ist, unseren Alldeutschen zu einem
Triumph zu verhelfen, so wenig denkt ein Mensch in Deutsch-
land daran, das Spiel der franzoesischen Chauvinisten zu
spielen. Und wozu die chauvinistische Presse Frankreichs
zwar in den laengsten Ereignissen ein Symptom der deutschen
Erschuetterung sucht, um auf diese Weise die Kriegsbegeiste-
rung neu zu beleben, auf der anderen Seite aber nach wei-
teren Taten des deutschen Volkes schreit, so kann ihr in aller
Ruhe gesagt werden, dass ihre Stimmungsmache Schwindelei ist
und dass auch die kuenftigen Taten des deutschen Volkes ihr
keinen Anlaß bieten werden, ein Jubelgeschrei auszustoen.

Der Vergleich zwischen Rußland und Deutschland trifft
auch insofern zu, als die Voelker beider Laender leidenschaftlich
den Frieden wuenschen, dass aber keines von beiden daran
denkt, sich diesen Frieden auf Kosten seiner Zukunft und seiner
Ehre zu erkaufen. Denn kein Volk, sei es noch so revolu-
tionaer, kann daran denken, um der Revolution willen die
Verloerung aufzugeben. Gerade die Franzoesen koennten aus
ihrer eigenen Geschichte lernen, wie eng vielmehr der Zu-
sammenhang zwischen Revolution und nationaler Ver-
teidigung ist.

Es kann leicht sein, dass die Krise der inneren deutschen
Politik noch nicht zum Abschluss gekommen ist, sondern dass
sie sich nach kurzem Stillstand weiter entwickelt. Selbst der
Fall ist denkbar, dass es dabei nicht immer mit jener voll-
kommenen Ruhe abgehen moechte, die das hervorragende
Kennzeichen der letzten Bewegung ist. Aber der Fall ist nicht
denkbar, dass sich in Deutschland etwas ereignen koennte, was
eroberungsluestigen Feinden zum Vorteil dient.

Hoffen wir einzuwoellen, dass die Voelker, hellhoeriger als
ihre ehrgeizigen Militaerpolitiker, die Zeichen der neuen Zeit
in Deutschland auch besser zu deuten wissen werden. Sie
werden begreifen, dass die Entwicklung zur Demokratie wie
alle Laender so auch Deutschland erfahrt hat und dass sie hier
unwiderstehlich fortschreitet. Nicht als ob wir alles haetten,
was wir wollen — wir wissen selber, viel zu gut, was uns
noch fehlt — wer aber will angefaetsit der neuesten Ereignisse
die Legende von der starren Autokratie noch aufrechterhalten?
Wer will noch, wie Wilson, behaupten, dass deutsche Volk
koenne sich von seinen Fesseln selber nicht befreien und moechte
die Segner, die auf unsere Volksgenossen draeuhen mit
Lauts und Gasraeten eindringen, als seine Freiheits-
bringer begrueßen? Man mag dem deutschen Volk mit Recht
eine gewisse zur Gruendlichkeit neigende Schwerefaelligkeit nach-
sagen und an ihm den grandiosen Saetung der Aktion ver-
missen, den auch wir an Romanen und Slawen aesthetisch be-
wundern. Aber eine Verleumdung ist es, wenn man dem

deutschen Volk nachsagt, es habe weniger Sinn für Freiheit, weniger Gerechtigkeitsgefühl als irgend ein anderes Volk der Welt.

Dass das Argument von der deutschen Autokratie auch schon wieder ins Wasser gerät, zeigen die geliebtesten Ausführungen einzelner französischer Blätter, in denen gesagt wird, ob Deutschland autokratisch, parlamentarisch oder republikanisch regiert werde, sei schließlich egal, die Deutschen seien nun einmal ein Räubervolk, und eine deutsche Republik würde von genau denselben Spitzbuben regiert sein wie eine deutsche Monarchie.

Das ist die letzte Aussicht. Nachdem die Parole vom notwendigen Freiheitskampf angeht, die Aktivität der deutschen Freiheitskämpfer nicht mehr verfangt, versucht man es mit dem alten, blöden Rassenhaß, um die zusammenbrechenden Feuer der Kriegsbegeisterung noch einmal hell aufblitzen zu lassen. Auch hier fühlt man sich wieder an ein deutsches Gegenstück gemahnt: an die wilde Engländerhehe der Alldeutschen, die nach anfänglichen Erfolgen gänzlich verrottet ist. Längst klingt uns Hoffmanns „Hahngesang“ wie ein Wahnsinnschrei aus altergangener Zeit, und die Neigung, trotz aller politischen Gegnerschaft auch die großen Eigenschaften des englischen Volkes anzuerkennen, läßt sich auch durch immer erneute Aufreizungen nicht mehr unterdrücken.

Dürfen wir also von uns jetzt auf andere schließen, so werden wir nicht zu bescheiden brauchen, daß die Rassenhege als Mittel der Kriegsverlängerung Aussicht auf Erfolg hat. Um wie viel tiefer und reiner war doch die deutsche Bewegung, die sich zu Kriegsbeginn gegen den Jarrismus richtete! Sie hatte mit Rassenhaß nicht das entfernteste zu tun, sie lehrte vielmehr dem Krieg ein hohes sittliches Ziel und rief dadurch Millionen mit sich fort.

Wie zu Kriegsbeginn der Ruf „Gegen den Jarrismus!“ auf das deutsche Volk elektrisierend wirkte, so ging auch der Ruf „Wider die deutsche Autokratie!“ nach der russischen Revolution und nach dem Eintritt Amerikas in den Krieg wie ein zündender Schlag durch die Reihen der feindlichen Völker. Mag auch drahtziehenden Radikalpolitikern der Inhalt der von ihnen in die Massen geworfenen Schlagworte noch so gleichgültig sein: in den Massen selbst wirken sie mit der Gewalt einer sittlichen Leidenschaft.

Darum war es und ist es auch heute noch eine im guten Sinn des Wortes nationale Aufgabe, den Völkern draußen zu sagen, daß das deutsche Volk zur Erlangung seiner Freiheit ihre bewaffnete Hilfe nicht nötig hat, daß das deutsche Volk aus eigenem Willen frei sein wird und nicht aus dem recht zweifelhaften guten Willen fremder Nachbarn. Darin fortzuführen und nicht zu erlahmen ist unsere Pflicht, nicht weil wir unser Land erobrerungslustigen Feinden ausliefern wollten, sondern gerade, weil wir es nicht wollen. Erfüllen wir sie, dann wird immer lauter auch an die Ohren der feindlichen Regierungen der Ruf gehen, den die Völker Deutschlands, Rußlands und Oesterreich-Ungarns längst erhoben haben: „Macht Frieden!“

Die neue Aktion des Venizelos.

Ein kürzlicher Sonderbericht des „Petit Parisien“ vom 14. Juli besagt: Das königliche Dekret, welches die Auflösung der gegenwärtigen und die Wiedereröffnung der am 31. Mai 1916 gewählten Kammer anbefahl, erließen gestern nicht im Amtsblatt, da der König einen rechtfertigenden Bericht über das beispiellose, in keinem parlamentarischen Lande je vorgekommene Vorgehen einverlangt hatte. Daraus ist zu entnehmen, daß der (bereits mitgeteilte) Bericht überreicht. Das Dokument hat in den monarchisch gesinnten militärischen, politischen und diplomatischen Kreisen ungeheures Aufsehen erregt. Die Monarchisten erklären, der König könne niemals das vorgelegte Dekret unterzeichnen und damit die Tätigkeit König Konstantins verdammen sowie glattweg die Revolution und die Einschränkung der Vorrechte der Krone gutheißen.

Soweit die Meldung des Pariser Blattes, aus der sich ergibt, daß die Aktion Venizelos' ein neues Glied der gegen die Stützen der bisherigen Politik aufgemachten Rechnung darstellt. Schlan nimmt Venizelos die günstige Gelegenheit wahr, sein Spiel mit demokratischen Forderungen zu fundieren, die überall bei den Volkswaffen auf Popularität rechnen können. Er treibt den Entente-König in die Enge und operiert mit dem Gesichtspunkt der Republikanisierung Griechenlands, der seine diktatorische Macht unbedingt noch stärker machen wird, als sie ohnehin geworden ist.

Scheinbar vollführt er diesen neuen Vorstoß gegen den monarchistischen Faktor auf eigene Faust. Denn der Oberinspektor der Entente Jonnart hat nach Verlassen des griechischen Bodens deutlich genug bekannt gegeben, daß seine Mission erledigt sei und das Weitere Venizelos überlassen werden könne. Die Vermutung liegt nahe, daß die Entente Gründe kennt, die Verantwortung für das, was nunmehr in Griechenland geschehen soll, nicht auf ihre eigenen Schultern zu nehmen. Denn bei dem Vorgehen Venizelos' dürfte es sich um die Frage der endgültigen Ausmerzung einer Dynastie handeln, die der Entente keine Gewähr gibt, daß sie ihr in alle Zukunft hin bequem sein wird.

Wenn diese Dynastie, deren schattenhafte Weiterexistenz nach dem Entente Staatsstreich Jonnarts durch den Griff nach einem Strohhalm ermöglicht wurde, jetzt in eigener griechischer Regie erledigt wird, so hat die Entente die Handhabe, nach Beendigung des Krieges unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine Rückwärtsbewegung zu verweigern. Die Entente versteht sich meisterlich darauf, mit demokratischen Operationen Zukunftsgeheimnisse voranzutreiben. Inwiefern in diesem griechischen Falle eine Spekulation auf die Stimmung Rußlands in Ansatz ist, dürfte sich nach Abschluß der Aktion zeigen. Es ist ja hier eine Verstimmlung auszugleichen, die sich beschwerlich fühlbar machte.

Der russische Angriff — Schuld und Sühne.

Die „Auslands-Pravda“, das Stockholmer Organ der Bolschewiki, schreibt zur russischen Offensive:

Wie es in den Tagen der Offensive an der Front aussah, weiß man nicht. Offizielle Nachrichten sprechen nur von ein paar Fällen, wo es notwendig war, Regimente zu entsenden. Die „Iswestia“, das Organ des Arbeiter- und Soldatenrates, berichtet, daß als Kerenski von den Regimenten vor dem Angriff Abschied nahm, zwei Gardebataillone zählten: Es lebe die Internationale! Friede den Hütten, Krieg den Palästen! Krieg bis zum Siege über die Bourgeoisie! Und in derselben Nummer saßen die „Iswestia“ den Inhalt von 122 Briefen, die ihnen von Frontsoldaten zugekommen sind, folgendermaßen zusammen: „Die überwiegende Mehrheit der Briefe ist erfüllt von der Sehnsucht nach einem schnellen Frieden, sie fordern alle, daß dem Norden ein möglichst schnelles Ende bereitet wird. Kämpft darum, die Soldaten erwarten das vom Arbeiter- und Soldatenrat. Wir wollen

Die englischen Angriffe bei Lombardzhde — Kämpfe bei Courtecon, und am Hochberg. — Am Pöhlberg die alte deutsche Linie wieder erreicht.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 16. Juli 1917. (B. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Gestern morgen versuchten die Engländer in dreimaligem Angriff, die bei Lombardzhde verlorenen Stellungen zurückzugewinnen; stets wurden sie verlustreich zurückgeschlagen.

Das tagsüber wüthige Feuer schwoll abends sowohl an der Küste wie von der Meer- als zur Land- zum starken Artilleriekampf an, der auch nachts lebhaft blieb.

Vom La Bassée-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe war in den letzten Tagesstunden die Feuerstätigkeit gesteigert.

Nordwestlich von Lens und bei Fresnoy wurden starke englische Erkundungsabteilungen zurückgeworfen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

In heftigen, aber vergeblichen Angriffen demüthigten sich die Franzosen, die von und südlich von Courtecon genommene Stellungen zurückzuerobern. Hier wie bei gescheiterten Angriffen südlich des Gefäßes La Nouvelle hatten sie schwere Verluste. Auch nordöstlich von Sillery im Vesle-Thal schlug ein Vorstoß des Feindes fehl.

In der Westschampagne waren einige unserer vorderen Gräben bei Abschluß der nächtlichen Kämpfe in Feindeshand geblieben. Während am Hochberg die am Abend wieder zurückgewonnenen Gräben nicht dauernd behauptet wurden, ist am Pöhlberg nach erbittertem Nahkampf unsere alte Linie wieder erreicht. Eine größere Zahl von Gefangenen und einige Maschinengewehre sind von beiden Gefechtsfeldern eingebracht worden.

Mit kurzer Unterbrechung während der Nacht dauerte lebhafter Feuerkampf auf dem westlichen Maas-Ufer an.

Heeresgruppe Herzog Albrecht

Regel Artillerietätigkeit zwischen Maas und Mosel, wo am 14. Juli eine Erkundung bei Remenauville durch Eindringen zahlreicher Gefangener guten Erfolg hatte.

den Frieden. Die Armen brauchen den Krieg nicht. Er ist nur den Kapitalisten nötig, die ihn entfesselt haben, um teurer die Waren zu verkaufen und die an ihm verdienen. Die provisorische Regierung will das Volk „ausrotten“. (Die Anführungszeichen stammen von der Redaktion der „Iswestia“.) Die Offiziere wollen den Krieg führen, sie bekommen höheren Rang und gute Gehälter. Es lägen, die der Front erzählen, daß das Hinterland den Krieg will und umgekehrt. Alle wollen den Frieden. Den Krieg weiter führen, bedeutet die Freiheit verlieren. Das Ende des Krieges bedeutet ihre Sicherung. Die Freiheit hat unser Leben menschenwürdiger gemacht, es hat keinen Sinn, zu kämpfen. Auch ohne Sieg werden wir so viel haben, um zu leben. Jetzt wollen alle leben, weil zu leben jetzt eine Freude ist. Endet den Krieg, sonst — wem ist der Boden und die Freiheit nötig. Warum weiter Krieg führen, wenn wir keine Annexion wollen. Wir erwarteten, daß der Delegiertenrat im Juni den Krieg beendet. Wir waren bitter erschüttert.

Die „Pravda“ hebt des Weiteren mehrfach hervor, daß die Petersburger Arbeiter von der Tatsache der Offensive überrascht wurden. Sie hätten noch am 8. Juli nichts von ihr gewußt. — Trotzdem wird festzustellen sein, daß sich ein starker Widerstand gegen die Wiederaufnahme des Angriffs durch Brusilow in Rußland bisher nicht bemerkbar gemacht hat. Was das wohl zum Teil sein, eine unterliegt keinem Zweifel: neue Opfer, neue Leiden können diese Stimmung nicht schwächen, sie können sie nur stärken. Das Petersburger Maschinengewehrregiment fordert von den anderen Regimenten den Uebergang zum Angriff gegen die Regierung. Die „Kowaja Schina“, das Organ Gorkis, meldet, daß das Regiment Moskwa und Paul sich dem angeschlossen haben. Das ungeheure Zwillingswerk, das über 20 000 Arbeiter beschäftigt, hat denselben Beschluß gefaßt. Wir stehen vielleicht an der Schwelle entscheidender Ereignisse. Einstweilen telegraphiert der Arbeiterdelegiertenrat, daß seine „bewährte“ Mehrheit vor die vollzogene Tatsache der Offensive gestellt, ihr zugestimmt hat. Die Freude kann kurz sein. Bald werden die Jüge mit den Opfern des Sieges in das Hinterland rollen. Und aus dem vergossenen Blut wird kein Brot entstehen, nur Gold für die Kapitalisten. Raskuplenje — Prestuplenje: Angriff — Verbrechen überschreibt die „Wolna“ (sozialistisches Parteiorgan für Helsingfors) ihren Artikel. Prestuplenje — Katastrophe: Schuld und Sühne schließt der Gedanke weiter. Sie wird kommen.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 15. Juli. Im nördlichen Sperrgebiet haben unsere U-Boote

neuerdings 24 000 Br.-R.-T.

versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische Dampfer Don Arturo (3680 T.), Ladung wahrscheinlich Erz, das englische Volksschiff Restfield mit Kohlenladung, ein unbekannter stark gesicherter Dampfer von etwa 6000 Tonnen mit vier Masten, vielen Ladestücken und Ladepfosten. Ein unbekannter Dampfer von etwa 1200 Tonnen, im Geleitzug fahrend, wurde in der Nordsee durch Torpedoschiff getroffen, sein Sinken jedoch nicht beobachtet.

Auf 14. Juli vormittags griffen Seeflugzeuge des Marinekorps in den Hoosden durch Zerstörer gesicherte Geleitzüge von Handelsfahrzeugen an. Zwei Bombenvolltreffer auf je einem Zerstörer und ein Volltreffer auf einem Leichter wurden einwandfrei beobachtet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 16. Juli. Nachträglich ist festgestellt worden, daß ein Dampfer, der in den unter dem 8. Juni bekannt gegebenen U-Boot-Erfolgen enthalten ist, laut Labelle u. a. 67 verpackte Flugzeuge und Flugzeugmotoren von Amerika für Frankreich geladen hatte.

Deutsche Fliegerangriffe an der Rigabucht.

Amlich. Berlin, 16. Juli. Die Hafenanlagen von Arensburg und die russische Seeflugstation Ropenholm auf der Insel Oesel sind von den Flugzeuggeschwadern der baltischen Ostsee in den letzten Tagen wiederholt und erfolgreich mit Bomben angegriffen worden. Die Flugzeuge sind sämtlich unversehrt zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Ostsee und Karpathen lebhafteste Gefechtsstätigkeit nur bei Riga und südlich von Danaburg.

In den Waldkarpathen wurden mehrfach russische Streifabteilungen vertrieben.

In der rumänischen Ebene nahm abends in einzelnen Abschnitten das Feuer zu.

Im Donau-Delta wiesen bulgarische Sicherungen vorgestern einen russischen Ueberfall durch Gegenstoß zurück.

Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 16. Juli 1917, abends.

Im Westen mehrfach lebhafteste Feuerstätigkeit, im Osten keine größeren Kampfhandlungen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 16. Juli 1917. (B. L. S.) Amlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

In den Waldkarpathen und südlich des Dnjepr wurden Vorstöße feindlicher Erkundungsabteilungen zurückgewiesen. Sonst weder im Osten noch an der albanischen Front besondere Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Bei Jamiano scheiterten mehrere italienische Teilangriffe. Der Chef des Generalstabes.

Ereignisse zur See.

Eines unserer U-Boote, Kommandant Linienhelferleutnant v. Trapp, hat am 8. Juli die militärischen Anlagen von Derna (Nordafrika) durch eine Stunde mit guter Wirkung beschossen. Das Feuer feindlicher Landbatterien war erfolglos.

Flottenkommando.

Die Kämpfe im Westen.

Berlin, 16. Juli. Nachdem die Engländer am 15. Juli, 4 Uhr vormittags, bei Lombardzhde dreimal blutig abgewiesen worden waren, sammelten sie um 11 Uhr vormittags abermals ihre Sturmtruppen beiderseits der Straße Neuport-Lombardzhde. Das sofort einsetzende kräftige Zerstörungsfeuer auf die feindlichen Gräben ließ jedoch den geplanten Angriff nicht aufkommen.

Am Artois fand in der Nacht vom 14. zum 15. gleichzeitig mit den gemeldeten feindlichen Vorstößen ein weiterer Angriff einer starken englischen Erkundungsabteilung bei Bullecourt statt. Er scheiterte wie die übrigen. Der an einer Stelle eingedrungene Feind wurde im Nahkampf wieder geworfen. Das Feuer war besonders am Abend und in der Nacht lebhaft gesteigert. Unsere Batterien beschossen die Wohnhöfe Noeux-les-Mines und Arras. Verschiedene feindliche Patrouillen wurden vertrieben, während eine eigene Patrouille östlich von Bullecourt Gefangene zurückbrachte. Südwestlich Ouentin wurde ein feindlicher Besselballon von einem unserer Flieger abgeschossen.

Die Zahl der aus dem erfolgreichen Vorstoß südwestlich Courtecon eingebrachten Gefangenen erhöhte sich auf 875. Bei den fünf starken, in der Nacht vom 14. zum 15. versuchten französischen Gegenstößen, die auch im Laufe des Tages mehrmals wiederholt wurden, erlitten die Franzosen außergewöhnlich schwere Verluste. Der gemeldete Angriff auf den Bovelle-Rücken wurde durch ein zweistündiges heftiges Artillerie- und Minenfeuer aller Kaliber vorbereitet, das sich um 5 Uhr 26 Minuten nachmittags zum Trommelfeuer steigerte. Der in unserem Feuer zusammenbrechende feindliche Angriff kostete den Franzosen abermals schwere Verluste. Unsere Flieger belagten in der Nacht vom 15. auf den 16. Juli die Orte Chalon, Fresnoy und Mourmelon-le-Grand ausgiebig mit Bomben und griffen lohnende Ziele mit Maschinengewehrfeuer an.

In Rumänien lebhaftere Gefechtsstätigkeit.

namentlich zwischen Donau und Rimnicul sowie bei Jaccoca. 1 Uhr nachts wurde Prisloba vom Gegner heftig durch Infanterie- und Maschinengewehrfeuer beschossen. Ein von Karpaten auf Karpaten marschierendes feindliches Bataillon wurde unter Feuer genommen. Unsere Artillerie setzte ihr Zerstörungsfeuer auf die feindlichen Anlagen südlich der Rimniculmündung fort. Der Bahnhof Marafesti wurde wieder beschossen. Die Explosionen auf dem Bahnhof Tecuci hielten bis in die Nacht an, Brände waren während der ganzen Nacht sichtbar.

Französischer Heeresbericht vom 15. Juli nachmittags. Nach mehrstündiger Vorbereitung durch Trommelfeuer haben die Deutschen gestern abend einen starken Angriff auf einen vorspringenden Punkt in unserer Linie westlich von Cerny unternommen. Der Kampf war sehr heftig und dauerte die ganze Nacht hindurch mit wechselndem Erfolge an. Trotz der großen Bestände, die der Feind in den Kampf warf, und der starken Verwendung von Flammenwerfern, wurden die Angreifer schließlich aus dem Stützgraben, in den sie eingedrungen waren, wieder hinausgeworfen. Sie konnten nur einige Abschnitte in unserer ersten Linie auf einer Front von etwa fünfshundert Meter halten. Die Artillerietätigkeit war im Abschnitt von Craonne unverändert lebhaft.

Nach starker Artillerievorbereitung haben unsere Truppen um 7 Uhr 45 Minuten abends die deutschen Stellungen an zwei Punkten der Champagne-Front angegriffen. Der Angriff wurde mit außergewöhnlicher Kraft geführt, und es gelang, alle vorgedachten Ziele nordöstlich vom Hochberg und an den Nordwesthängen des Pöhlberges zu erreichen. Unsere Soldaten haben eine bewundernswürdige Probe ihrer Tüchtigkeit bestanden und ein stark befestigtes Grabenwerk des Feindes in einer Breite von ungefähr achthundert Meter und einer Tiefe von dreihundert Meter genommen. Die Deutschen antworteten kräftig. Ihre Gegenangriffe folgten sich während eines Teiles der Nacht; alle scheiterten unter schweren Verlusten in unserem Feuer oder nach Handgemenge. Die obersten Stellungen wurden vollständig gehalten. Die Zahl der bei dieser Unternehmung gemachten Gefangenen beträgt 350, darunter 9 Offiziere. Feindliche Truppenansammlungen, die zur Ablösung bestimmt waren, wurden unter unser Artilleriewerfer genommen und stark mitgenommen.

Auf dem linken Maasufer war die Nacht bemerkenswert durch sehr lebhafteste Artillerietätigkeit in der Gegend der Höhe 304 und des Toten Mannes. Westlich vom Toten Mann wiesen wir einen feindlichen Angriff ab. Im Walde von Abocourt ausgedehnte Tätigkeit von Erkundungsabteilungen; wir machten Gefangene. Auf dem rechten Ufer wurden feindliche Erkundungsabteilungen, die unsere Linien am Osende des Waldes von Gaurieres zu erreichen versuchten, durch Feuer zerstreut.

Vom 15. Juli abends. Der Artilleriekampf ging Tagüber mit geringerer Heftigkeit in der Gegend westlich von Czerny weiter. Beschießung mit Unterbrechungen in den ersten Linien des Schmittes von Caonne. In der Champagne haben unsere Truppen Stellungen ausgebaut, die wir letzte Nacht nördlich des Hochs und Böhlberges erobert hatten. Der Feind erwiderte nur mit Artillerie. Westlich der Butte du Rebnil und in den Argonnen in Richtung auf Dolant führten wir erfolgreiche Vorstöße in die feindlichen Gräben aus und brachten Gefangene zurück.

Englischer Seebericht vom 15. Juli nachmittags. Nördliche Zusammenstöße von Erkundungsabteilungen, die für uns günstig verliefen, südlich von Harcourt und Furnes. Vorstöße glückten in der Gegend von Bullecourt, Gavrelles und südlich von Armentières. Wir warfen deutsche Sturmtruppen nördlich von Armentières zurück. — Zweiter Bericht vom 15. Juli. Beide Artillerien waren den Tag über tätig in der Nähe von Armentières, Whyschaete und Rieuport. In der Nacht vom 13. zum 14. warfen unsere Flugzeuge Bomben auf vier wichtige Eisenbahnstationen hinter den feindlichen Linien und auf ein großes deutsches Ruhelager. Gestern wurden trotz heftigen Gewittersturmes Bomben auf einen feindlichen Flugplatz und ein Munitionslager abgeworfen.

Die Kämpfe bei Kalusz.

Russischer Seebericht vom 14. Juli. Westfront. An der unteren Donnica, besonders von Kalusz bis zur Mündung, Gewehrfeuer. Bei der Stadt Kalusz machte der Feind zwei Angriffe von Roscielo und von Ugarietel her und versuchte unsere Abteilungen, die Kalusz halten, zu vertreiben. Wir wiesen beide Angriffe ab. In den Kämpfen von Kalusz fiel ruhmvoll Oberst Tumoseier, der Kommandant des Regiments Rogotin. Südwestlich von Kalusz nahmen wir nach Kampf das Dorf Novica. Auf der übrigen Front keine Veränderung.

Bericht vom 15. Juli. Westfront: Am Unterlauf des Donnicafusses Gewehrfeuer. Südwestlich von Kalusz griff der Feind zu wiederholten Malen unsere Truppen an, die die Front Dobrovljan—Koscho besetzt halten. Alle Angriffe wurden abgelehnt. Im Laufe der Kämpfe in der genannten Gegend wachen wir 16 Offiziere und 600 Mann zu Gefangenen. In der Gegend von Dzyany (?) waren unsere Truppen nach einer Reihe heftiger Angriffe die Oesterreicher aus ihren Stellungen und brachten etwa tausend Gefangene und Maschinengewehre ein. An den Übergangsstellen für die Verstärkungen über den Donnicafuß in der Gegend von Bereklusko ging der Feind zum Angriff über und versuchte, unsere Abteilungen auf das rechte Ufer der Donnica zurückzutreiben. Unser Angriff bei Siki Jansu (?) löst auf kräftigen Widerstand des Feindes. Regenfälle verursachten starkes Steigen der Donnica und des Dnjestr. Bäche haben sich in Flüsse verwandelt und überfluten die Straßen. In der übrigen Front ist die Lage unverändert.

Die Petersburger Ereignisse vom 22. bis 24. Juni 1917.

Der Arbeiter- und Soldatenrat veröffentlicht folgenden Bericht über die Petersburger Ereignisse vom 22. bis 24. Juni 1917: Am 22. Juni, 3 Uhr nachmittags, erfuhren das Präsidium des Russischen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte und der Vollzugsausschuss des Petersburger Rates, daß auf den 23. Juni eine Demonstration angesetzt sei. Es stellte sich heraus, daß die Demonstration von den Bolschewikis organisiert war. Die Organisatoren versicherten, daß die Demonstration eine friedliche sein werde, aber bestimmte Forderungen sprachen dafür, daß ein Teil der Demonstration bewaffnet auf die Straße gehen würde. Am Abend des 23. Juni erschienen in den Straßen Proklamationen der Bolschewikis, die die Arbeiter und Soldaten zur Kundgebung des Mißtrauens gegen die Regierung und die 10 „Bürgerlichen“ auf die Straßen riefen. Andere Nachrichten besagten, die Stimmung der Arbeiter und Soldaten sei sehr unruhig, da dunkle, offenbar propagierende Gerüchte verbreitet würden. Andererseits wurde das Präsidium des Kongresses und der Vollzugsausschuss benachrichtigt, daß falls es zur Demonstration der Bolschewikis komme, eine Reihe Fabriken und Regimenter eine Gegen-demonstration arrangieren würden, die auch bewaffnet sein würde. Das Kongresspräsidium und der Vollzugsausschuss sahen in solchem Auftreten eine ernste Gefahr für die Sache der Revolution. Ein bewaffneter Zusammenstoß in den Straßen Petersburgs hätte das ganze Land in den Bürgerkrieg stürzen und die Reaktion würde wagen, den Kopf zu erheben. Die Unzulässigkeit einer solchen Demonstration folgte auch aus dem Beschluß des Kongresses, die provisorische Regierung zu unterstützen.

Abends um 11 Uhr wurde die Sitzung des Kongresses, auf dem die Frage des Krieges erörtert wurde, unterbrochen. Die Fraktionen traten auf Vorschlag des Präsidiums zur Beratung der Lage zusammen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung hielt Tschcheidse eine Ansprache, in der er sagte, daß die Demonstration eine Gegen-demonstration hervorgerufen würde, der kommende Tag schicksalsschwer für die russische Revolution werden könnte. Das Präsidium bitte den Kongreß, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Demonstration zu verhindern. Der Kongreß beschloß, alle Demonstrationen und Straßenmeetings auf drei Tage zu verbieten. Diejenigen, die die Schuld für deren Veranstaltung tragen, würden für Feinde der Revolution erklärt. Der Kongreß beschloß, seinen Sitz in das Taurische Palais zu verlegen, und wählte eine Kommission mit dem Auftrag, die von den Bolschewikis veranstaltete Demonstration zu verhindern. Um diesen Beschluß zu verwirklichen, führten mehrere Hundert Kongreßmitglieder in Automobilen in die Kasernen und Fabriken und ermahnten dort dazu, von jeder Demonstration Abstand zu nehmen. Es wurde auch ein Aufruf des Kongreßpräsidiums und des Vollzugsausschusses verbreitet.

Am 3. Juli nachts erklärte das Zentralkomitee der Bolschewikipartei, daß es sich dem Beschluß des Kongresses unterwerfe. Mehrere Artikel der „Pravda“ wurden von der Redaktion gestrichen, so daß „Pravda“ mit weißen Frieden erschien. Die Kongreßmitglieder weilten die ganze Nacht in den Fabriken und Kasernen. Am Morgen des 23. Juni wurde festgestellt, daß alle Truppenteile, zwei Regimenter ausgeschlossen, auf der Seite der Kongreßmehrheit und des Vollzugsausschusses standen und volle Unterstützung versprochen haben. Der 23. und 24. Juni verliefen vollständig ruhig.

Der Kongreß ging wieder an seine gewöhnliche Arbeit. Man beabsichtigt, auf dem Kongreß die anarchische Taktik der Bolschewikis zu besprechen und sie entschieden zu tadeln. Die Bolschewikifraktion blieb bei diesem Zwischenfall vollständig isoliert. Die Menschewikis und die Internationalisten schließen sich in dieser Frage der Mehrheit an.

Kleine Kriegsnachrichten.

Streifenunruhen in Lissabon. Die „Morninadot“ erfährt aus Lissabon vom 13. d. M., daß es am 12. anlässlich einer Straßenkollision von ausländischen Arbeitern zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Sechs Personen wurden verletzt und dreißig verwundet. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Es wurde der Belagerungszustand verhängt.

Das Zentrum in der Krise.

„Von zuständiger Seite“ erhält die Zentrum-Parlamentarier einen Bericht und eine Rechtfertigung des Verhaltens der Zentrumsfraktion in der schweren parlamentarischen Krise. „Die zuständige Seite“ wirft die Frage auf, ob die Friedensresolution sachlich gerechtfertigt war, und antwortet darauf mit einem runden, unzweideutigen Ja. „Man mußte ausgehen vom 4. August 1914 und von dem Kaiserwort, das damals gesprochen wurde: „Uns treibt nicht Eroberungssucht.“ Es mußte vor der ganzen Welt festgesetzt werden, daß wir keinen Eroberungskrieg führen, sondern einen Verteidigungskrieg. Dafür setzte das deutsche Volk alles ein, Gut und Blut. Die all-deutsche Bewegung — den Chauvinismus in anderen Ländern tadeln sie mit lautem Wort — hat Eroberungspläne erlassen und überlaut verkündet. Das ganze deutsche Volk in allen seinen Schichten und Verufen weiß, daß wir den Krieg führen müssen zur Verteidigung der deutschen Heimat, zur Bewahrung der Grenzen unseres Vaterlandes. Der Gedanke, daß wir einen Verteidigungskrieg führen müssen, muß immer wieder in Herz und Hirn den eigenen Volksgenossen eingehämmert werden, wie er zugleich den Neutralen und den Feinden gegenüber betont werden muß. Er allein schafft dem Volke die innere Kraft, dem vielleicht noch einmal nötig werdenden Winterfeldzug entschlossen und stark entgegenzutreten. Der vierte Winterfeldzug ist schlimmer als der erste und zweite und dritte.“

Der Bericht schildert die Wirkungen dieser Friedenskundgebung auf Deutschland, die neutralen und feindlichen Staaten und „stellt fest“:

„Es ist weder vom Abgeordneten Erzberger noch von irgend-einem anderen Mitgliede des Reichstages ein neues Friedensangebot verlangt, nie der Wunsch ausgesprochen worden, die Friedensbereitschaft zu erklären. Alle Bestrebungen haben nur den Zweck gehabt, eine Kundgebung des Reichstages zu erwirken, während es der Regierung überlassen bleiben sollte, Zeit und Gelegenheit zu bestimmen, für eine etwaige neuerliche Aufnahme einer Friedensaktion.“

Über dann heißt es gleich wieder: „Die Resolution wird bei dem raschen Gang der Ereignisse als bald die verdiente Würdigung und Zustimmung finden, besonders wenn man erwägt, daß kein geringerer als der Fürst Bis marck im Jahre 1870 den Franzosen dreimal einen Waffenstillstand angeboten hat, um zum Ziele zu kommen.“

Offen wird zugegeben, daß das Zentrum als Volkspartei die Friedenspropaganda nicht allein der Sozialdemokratie überlassen konnte, wollte es nicht den Boden unter den Füßen verlieren.

„Die Resolution ist aber auch wichtig und wertvoll im Interesse der Zentrumspartei. Weite Kreise haben es nicht verstanden können, daß von seiten der Partei keine Neuerung erfolgte über die Auffassung des Kriegsergebnisses, und viele Stimmen der Verwunderung sind laut geworden, daß die ganze Verbreitung des Friedensgedankens anderen überlassen bleibt. Nun ist ein entscheidendes, wie die Zukunft noch mehr als die unmittelbare Gegenwart erweisen wird, erlösendes Wort gesprochen.“

Schließlich bezweifelt der Bericht die Fähigkeit Bethmann Hollwegs, die Richtlinien der Friedensentscheidung auch in der Praxis mit Erfolg zu beschreiten, und tadelt, daß Bethmann Hollweg mit der Osterbotschaft lediglich habe Zeit gewinnen wollen, ohne sofort das Problem zu lösen. Es wird an die Erklärung der Zentrumspartei am 7. Februar 1906 im Reichstag erinnert, wo es heißt: „Was das Reich seinen Bürgern durch die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechtes gewährt hat, wird auf die Dauer auch in den Einzelstaaten den Bürgern in entsprechender Weise gewährt werden müssen.“

Sehr vorsichtig spricht sich der Bericht über die Parlamentarisierung der Regierung aus, wobei der bundesstaatliche Charakter des Reiches gewahrt werden müsse. Es wird bedauert, daß Graf von Hertling als Abgeordneter nicht die Möglichkeit gehabt habe, an die Spitze der Reichsleitung zu treten, und daraus geschlossen, daß das was das Zentrum unter Parlamentarisierung versteht, heiße: Herbeiführung einer innigeren Fühlung zwischen Regierung und Parlament.

„Diese Notwendigkeit bedarf nach den Ereignissen der letzten acht Tage keines Beweises. Das Zentrum wünscht, daß mit dem bisherigen System gebrochen würde, und daß nicht für die Zukunft die Tatsache, daß ein würdiger Mann Abgeordneter ist, es ihm erschwert, in die Regierung berufen werde.“

Damit, daß sich der Kreis der Kandidaten für den Reichskongress erweitert, ist freilich noch nicht das erreicht, was Inhalt und Wesen der parlamentarischen Regierungsform ausmacht: daß die Regierung nur mit Zustimmung der Volksvertretung kommt und geht.

Volkskundgebung in Bielefeld.

Aus Bielefeld wird uns gemeldet: Zu einer eindrucksvollen Demonstration, an der sich insgesamt über 12 000 Personen beteiligten, gestaltete sich eine von der örtlichen Parteileitung veranstaltete Versammlung der Arbeiterkassen von Bielefeld und Umgebung, in der die Genossen Seevering und Schred sprachen. Unter lebhaftem Beifall fand eine Entschlüsselung einstimmige Annahme, in der es heißt:

„Die Versammlung begrüßt mit Freuden den Entschluß der Reichstagsmehrheit zur Kundgebung für einen Verständigungsfrieden und für eine dauernde Versöhnung der Völker durch die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen. Die Versammlung ist überzeugt, daß ein dauerhafter Friede nur möglich ist durch die Abweisung aller Bestrebungen, die auf gewaltsame Gebietsveränderungen und wirtschaftliche Anhebelungen gerichtet sind. Sie erklärt darin ihr volles Einverständnis mit der Formel des russischen Arbeiter- und Soldatenrats, keine Annexionen und keine Entschädigungen.“

Die Versammlung erwartet von den Mehrheitsparteien des Reichstages, daß sie nur eine Regierung unterstützen, die n a g z e i- deutig auf gewaltsame Gebietsveränderungen und Entschädigungen verzichtet und zur sofortigen Inangriffnahme der preussischen Wahlreform bereit ist.“

Gegen Mietspreistreibereien.

Der stellvertretende kommandierende General des IV. Armeekorps zu Magdeburg hat eine Verordnung über Wohnungskündigung und Mietpreiserhöhung erlassen, welche im wesentlichen folgende Bestimmungen trifft:

„Der Vermieter oder Untervermieter von Wohn- und Schlafräumen jeder Art darf nur dann das Mietverhältnis aufkündigen oder den Mietzins erhöhen, wenn er dem Mieter zugleich die schriftliche Zustimmungserklärung des Räumungsamtes beibringt, daß die beabsichtigte Maßnahme unter Verächthung des berechtigten Interesses beider Vertragsteile nicht unbillig erscheint. Das Räumungssamt darf die Zustimmung zur Kündigung nicht verweigern, wenn die Räumung der Wohnung auf Grund einer

behördlichen Anordnung erfolgen soll. Verlangt die behördliche Anordnung nur die Räumung durch einen oder einige von mehreren Mietern, so hat der Vermieter bei dem Gesuch um Zustimmungserklärung dem Räumungssamt den Mieter namentlich zu bezeichnen, dem unter Verfassung auf die behördliche Anordnung gesündigt werden soll. Eine dem Verbot zuwider erfolgte Kündigung oder Erhöhung des Mietzinses ist nichtig.“

Die begrüßenswerte Verordnung des Generalkommandos hat zunächst nur Geltung für die Kreise Bielefeld, Bitterfeld und Wittenberg, wo es um die Wohnungsverhältnisse besonders trübselig bestellt ist.

Der deutsche Städtetag zur Ernährungsfrage Milch und Gemüse.

Der Nahrungsmittelausschuss des Deutschen Städtetages befaßte sich gestern unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Wermuth zunächst mit der Milchfrage. Es wurde die Forderung in den Vordergrund gestellt, daß der Unterbau auf dem Lande zur Erzeugung der Milch verstärkt wird. Einer etwaigen Erhöhung der Milchpreise, die von manchen Seiten anscheinend erstrebt wird, steht nicht nur der Umstand entgegen, daß die Verbraucher eine solche Erhöhung nicht mehr tragen können, sondern die wirtschaftliche Tatsache, daß der allein wirksame Weg zur Steigerung der Milchproduktion ein zielbewusstes Festhalten am Willen zur fortschreitenden Verabsentung der Viehpreise ist. Zur Prüfung der Ragermilchfrage, bei der technische Einzelheiten sehr wichtig erscheinen, wurde ein besonderer Unterausschuss eingesetzt.

Den größten Raum der Verhandlungen nahm die Gemüse- und Obstfrage ein. So wie die Dinge sich entwickelt haben, konnte für das laufende Jahr ein neues System nicht mehr vorgeschlagen werden. Um so größeres Gewicht muß darauf gelegt werden, daß das nun einmal zur Einführung gebrachte System mit größter Tatkraft durchgeführt wird. Dazu gehört die Verhinderung der Ausfuhrverbote. Von entscheidender Bedeutung ist, daß die Erzeugung auf dem Lande schnellstens und auf das kräftigste verbessert wird, und zwar durch Verstärkung der Sammelstellen in Verbindung mit den eingeführten Händlern und ihre Steigerung in der Richtung einer öffentlichen Bewirtschaftung in den hauptstädtischen Erzeugungsgeländen. Ein sehr wesentlicher Punkt ist die nachdrückliche Hinwirkung auf Erfüllung der Lieferungsverträge. Für Vorrat und sonstige Obst- und Gemüsefabrikate müssen zunächst sofort Höchstpreise festgesetzt werden.

Aufhebung des verschärften Belagerungs-zustandes in Düsseldorf.

Der vom Kommandierenden General des 7. Armeekorps wegen der Lebensmittelkrise in Düsseldorf am 28. Juni verhängte verschärfte Belagerungszustand ist mit Wirkung vom 14. Juli wieder aufgehoben worden. Damit stellt sich auch das außerordentliche Kriegsgericht seine Tätigkeit wieder ein. Das Kriegsgericht hat bis jetzt 185 Personen (darunter 55 Ausländer) zu sehr hohen Strafen (116½ Jahre Zuchthaus und 145 Jahre, 8 Monate Gefängnis) verurteilt.

Die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen ist nicht zuletzt ein Erfolg des neuen sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaften Düsseldorf, die wiederholt in Resolutionen und durch Deputationen bei den maßgebenden Stellen die Wiederherstellung des früheren Zustandes gefordert hatten.

Mit den Vorparlamenten am 28. Juni und den Ursachen der Aramalle beschäftigte sich am Freitag, den 13. d. M., eine von weit über 1000 Personen besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung, die nach eingehender Aussprache mit übergroßer Mehrheit folgende Resolution annahm:

„Die in der Tonhalle versammelten organisierten Arbeiter Düsseldorf beklagen aufs tiefste die Aramalle vom 28. Juni. Von dem Erkenntnis ausgehend, daß solche Ereignisse nicht geeignet sind, die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen, bedauert die heutige Versammlung die Ausschreitungen. Sie bemittelt aber auch deren Opfer, weil die Ernährungs-schwierigkeiten und die damit verbundenen Mißstände und verkehrten Maßnahmen der Behörden die wirklichen Ursachen der Vorkommnisse sind. In Beurteilung der gegen die Beteiligten erlassenen Strafen weiß sich die Versammlung einmütig mit den Ausführungen der Referenten und sie bekundet ausdrücklich, daß die Arbeitervertreter die Verhandlungen mit der Stadtverwaltung gang in ihrem Sinne geführt haben. Sie nimmt mit Genugtuung Kenntnis, daß die Stadtverwaltung alles tun will, damit den so überaus hart Verurteilten die Strafen erlassen oder erleichtert werden, und erwartet, daß die im strafmündigen Alter stehenden Kinder und jugendlichen Personen unerschütterlich ihren Eltern zurückgegeben werden. Mit Abscheu nehmen die Arbeiter weiter Kenntnis von der Denunziations-sucht einzelner Teile der Einwohnerschaft. Sie bezeichnen es als eine feige Erbärmlichkeit, wenn heute noch Personen den traurigen Mut haben, weitere Anzeigen zu erstatten. Die Versammlung fordert aber auch von der Stadtverwaltung bestimmte Garantien, daß derartige Maßnahmen (Herbeiführung der Prostitution, d. Med.), die die letzten Ursachen der Ausschreitungen waren, nicht wieder getroffen werden. Als eine dieser Garantien betrachtet sie die weitere Heranziehung von Arbeitern mit Sitz und Stimme in sämtlichen Lebensmittell Kommissionen. Da in überwiegendem Maße Arbeitszeit und Arbeitslohn im Mißverhältnis zu den Ernährungsmengen und Lebensmittelpreisen stehen, muß, wenn den ungeordneten Zuständen in der Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgüterständen nicht unverzüglich ein Riegel vorgeschoben wird, entsprechende Arbeitszeitverkürzung und Lohnsenkung eintreten. Da nur dadurch den Arbeitern das Durchhalten ermöglicht wird. Die Versammelten geloben, in eine rege Propaganda für die Gewerkschaften einzutreten, weil nur durch starke Organisationen den Wünschen und Forderungen Nachdruck verliehen wird.“

Von einigen der Düsseldorfser „Unabhängigen“ wurde versucht, die Einseitigkeit der impetösen Versammlung zu fördern; ihr Bemühen war jedoch völlig erfolglos. Die Organisation der „Unabhängigen“ in Düsseldorf hat in der ganzen Angelegenheit der Aramalle nichts zugunsten der Arbeiter unternommen.

Letzte Nachrichten.

Veränderungen in der belgischen Regierung.

Bern, 16. Juli. „Journal“ meldet aus Le Havre: Der belgische Ministerrat beschloß infolge des Rücktritts des Ministers des Äußeren Dehaene, das Portefeuille des Ministers des Äußeren dem Ministerpräsidenten Chevalier de Broqueville zu übertragen. Außerdem sollen die Staatsminister Gysmans und Vandervelde Portefeuilles bekommen. Ein bisher nicht bezeichneter General soll das Portefeuille des Ministers des Innern übernehmen.

Fahnenflüchtiger und Gendarm.

Stettin, 16. Juli. Gendarmeriewachtmeister Bill II aus Garz ist Sonntag abend bei der Festnahme eines Fahnenflüchtigen in Friedrichthal bei Garz an der Oder erschossen worden. Der Täter, der auf den Namen Feis in Friedrichthal angemeldet war, ist etwa 22 Jahre alt. Er ist im Walde entkommen.

Gewerkschaftsbewegung

Deutsches Reich.

Hat die Beschwerde des Arbeitgebers gegen das Urteil des Schlichtungsausschusses aufschiebende Wirkung?

Ein interessanter und bemerkenswerter Streitfall über die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde befristete den Schlichtungsausschuss zu Chemnitz. Ein bei der Firma D. Schmidt in Chemnitz beschäftigter, vom Militär beurlaubter Abwilder forderte von seiner Arbeitgeberin den Abfahrtschein, die ihm einschließlich der achtprozentigen Zulage 95 Pf. für die Stunde zahlt. Die Forderung nach dem Abfahrtschein begründete er damit, daß ihm von der Allgemeinen Maschinenbauanstalt Stellung gegen einen Stundenlohn von 1,10 M. angeboten worden ist. Außerdem war ihm in Afford ein Verdienst von 1 bis 1,50 M. in Aussicht gestellt worden. Da im vorliegenden Falle eine wesentliche Lohnverbesserung vorliegt und dem Arbeiter zudem in Aussicht gestellt war, seine soziale Stellung durch Aufstufen in eine Vorkarbeiterstelle zu verbessern, ging das Urteil des Schlichtungsausschusses dahin, dem Arbeiter den Abfahrtschein zu erteilen. Hierauf legte die Arbeitgeberin Beschwerde gegen das Urteil des Schlichtungsausschusses ein und verlangte, daß der Arbeiter bis zur endgültigen Erledigung der Sache bei ihr fortzuarbeiten habe. Der Schlichtungsausschuss stellte sich auf den Standpunkt, daß die Beschwerde gegen ein Urteil keine aufschiebende Wirkung habe, denn im § 9 des Gesetzes betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst heißt es: „Erkennt der Ausschuss nach Untersuchung des Falles an, daß ein wichtiger Grund für das Ausschließen vorliegt, so stellt er eine Weisung aus, die in ihrer Wirkung die Weisung des Arbeitgebers ersetzt.“ Auch heißt es in den Motiven von § 9, daß der Abfahrtschein bei Anerkennung der Kündigung sofort erteilt werden muß.

Berlin und Umgegend.

Zur Lohnfrage in der Hutindustrie.

Die Damenhutarbeiter und Arbeiterinnen nahmen Stellung zu der Lohnfrage für die Winterperiode. Es wurde beschlossen, der für die Sommerperiode abgeschlossene Lohnvertrag in seiner Grundfassung bestehen, mit Ausnahme der Lohnsätze. Die Lohnsätze sollen in folgender Weise geregelt werden: Für Arbeiter soll zu dem bisher gezahlten Wochenlohn von 50 M. und 10 Proz. ein weiterer Zuschlag von 5 M. und 15 Proz., also 55 M. und 25 Proz. Zuschlag gezahlt werden. Für alle in Afford Beschäftigten soll zu dem bisher gezahlten Zuschlag von 10 Proz. ein weiterer Zuschlag von 15 Proz., also insgesamt 25 Proz. gezahlt werden. Für die in Wochenlohn beschäftigten Arbeiterinnen soll zu dem bisher gezahlten Zuschlag von 5 Proz. ein weiterer Zuschlag von 2,50 M. die Woche, also insgesamt 7,50 M. gezahlt werden. Für alle in Afford beschäftigten Arbeiterinnen soll zu dem bisher gezahlten Zuschlag von 10 Proz. ein weiterer Zuschlag von 15 Proz. gezahlt werden.

Der Unternehmerverband lehnte die Forderungen ab, er bot 55 Pf. Die Arbeiter und Arbeiterinnen lehnten das Angebot ab. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt, wonach den Arbeitern ein Wochenlohn von 55 M. für die Saison, für die Nebensaisonzeit 50 M. gewährt wird. Die Arbeiterinnen und Garnierinnen erhalten während der Nebensaison zu dem wöchentlichen Lohnzuschlag von 5 M. noch 2,50 M. Bei Affordarbeit wird derselbe Verdienst zugesichert. Für Heimarbeiter gelten gleiche Lohnsätze. Die Arbeitszeit ist 8 Stunden.

Streitigkeiten, welche aus diesem Vertrage entstehen, werden durch die Vertragsparteien geregelt.

Aus dem Kriegsausschuss Groß-Berlin.

Der Arbeiterausschuss der Firma S., Förster Straße, rufte den Kriegsausschuss nach § 18 des Hilfsdienstgesetzes an. Die Firma hatte sich dem Arbeiterausschuss gegenüber damit einverstanden erklärt, daß an Stelle von einer Stunde Mittagspause künftig nur eine halbe Stunde Mittagspause sein soll mit der Maßgabe, daß dann der Arbeitslohn auch eine halbe Stunde früher eintreten solle. Um die Meinung der Arbeiter festzustellen, hat die Firma durch die Meister eine Abstimmung vornehmen lassen, die ergab, daß ungefähr die eine Hälfte der 2000 Beschäftigten für eine einstündige Mittagspause und die andere Hälfte für die 1/2stündige Mittagspause waren. Daraufhin hat die Firma die einstündige Mittagspause wieder eingeführt, womit der Arbeiterausschuss nicht einverstanden ist. Der Kriegsausschuss steht auf dem Standpunkt, daß die Ermittlung der Meinung der im Betrieb Beschäftigten durch eine solche Abstimmung nicht erfolgen kann, und fällt einen Schiedsspruch dahin, daß unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses im Betrieb eine geheime Abstimmung darüber vorgenommen wird, ob eine einstündige Mittagspause gehalten werden soll. D diesem Schiedsspruch will sich dann auch die Firma und der Arbeiterausschuss unterwerfen.

Die Dreher, Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen der Firma M. Sch. in Wildau verlangen Erhöhung ihrer bisherigen Verdienste. Der Schlichtungsausschuss empfiehlt in einem Schiedsspruch den Parteien, sich auf folgender Grundlage zu verständigen: Für die Nachschicht wird an Stelle von 5, künftig 10 Proz. höhere Vergütung gewährt. Außerdem erhalten die Dreher eine Erhöhung des Grundlohnes um 10 Proz., am 1. Oktober weitere 10 Proz. Die Maschinenarbeiter erhalten 10 Proz., und die Arbeiterinnen 5 Proz. ohne weitere Steigerung.

Der Kupferblechhändler W. von der Firma R., Chaussee-Krahe, hat einen Verdienst von 1,30 M. für die Stunde. Er verlangt 1,50 M. Der Kriegsausschuss steht auf dem Standpunkt, daß die Forderung des W. berechtigt ist und erklärt sich die Firma bereit, 20 Pf. Zulage zu gewähren.

240 Dreher, Werkzeugmacher und Schlosser sowie 60 Arbeiterinnen der Firma S. u. Sch., Franklinstraße rufen den Kriegsausschuss an. Von der Betriebsleitung wird eingewendet, daß für die Verhandlung insofern formale Bedenken bestehen, als die in Frage kommenden Arbeiter nicht noch einmal ihre Forderung durch den Arbeiterausschuss geltend gemacht haben. Wohl sei die Forderung durch den Arbeiterausschuss eingereicht, aber nach erfolgter Ablehnung hätten die Arbeiter die Pflicht gehabt, durch den Ausschuss noch einmal an die Direktion heranzutreten. Diesen formalen Einwand hält der Schlichtungsausschuss nicht für gegeben, da nach Auskunft der Arbeiter sie deshalb den Arbeiterausschuss nicht mehr beauftragt haben, weil er aus Mitgliedern des gelben Werkvereins besteht, zu dem sie kein Vertrauen haben können. Der Schlichtungsausschuss tritt deshalb in die Verhandlung der Sache ein. Es wird ein Schiedsspruch gefällt in der Weise, daß den gelernten Arbeitern eine Zulage von 10 Pf., den ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen eine Zulage von 5 Pf. für die Stunde gewährt werden soll.

65 Arbeiter der Firma W., Alexandrinenstraße, rufen den Kriegsausschuss ebenfalls nach § 18 an. Am 10. Februar ist zwischen der in Frage kommenden Firma und anderen Firmen und den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine Vereinbarung getroffen über Bezahlung der Arbeitszeit, die durch Schuld der Firma nicht gearbeitet werden kann. Die Firma W. hält diese Vereinbarung nicht inne und stellt sich deshalb dem Schlichtungsausschuss auf den Standpunkt, daß die damals beschlossene Vereinbarung auch von der Firma W. unter allen Umständen gehalten werden müsse.

80 Arbeiter der Firma R. S., Oberschöneweide, hatten an die Firma das Verlangen an Lohnverbesserung gestellt, und zwar forderten sie für Walzer 40 Pf. Zulage, für alle übrigen 25 Pf. Zulage für die Stunde. Die Firma weist nach, daß vor nicht ganz acht Wochen erst eine Erhöhung der Verdienste um 25 Proz. stattgefunden hat. Dies wird von den Arbeitern nicht bestritten. Den Arbeitern wird angetragen, ihre Forderung jetzt zurückzugeben und noch mindestens 4 Wochen mit jrer Forderung zu warten.

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

In der Provinz Brandenburg ist das Organisationsleben der Partei zwar geschwächt, aber doch zeigen die verschiedenen bisher abgehaltenen Kreisgeneralversammlungen, daß der alte Geist der Liebe und Treue zur Sache des Proletariats die Binden heilen wird, die der Krieg den Organisationen geschlagen. Einmütig wurde die Haltung der Reichstagsfraktion sowie die ganze Kriegspolitik der Partei mit ihrer erfolgreichen Arbeit für die Idee des Verständigungsfriedens bereits im Beginn des Monats von den Tagungen der Wahlkreisorganisationen Westpreußen, Ruppiner-Templin, Arnswalde-Friedeberg, Kottbus-Spremberg, Kalau-Ludau gebilligt. Unter dem Zeichen der inneren Krise fanden die Verhandlungen der Kreisorganisationen am Sonntag, den 15. Juli, für Königsberg-Neumarkt, Sorau-Först und Zauch-Belzig-Füterbog-Ludowalke. Auch hier war das volle Einverständnis mit der Parteipolitik das Ergebnis der eingehenden Verhandlungen, die in der Forderung gipfelten, im Kampf für die Kriegsziele der Partei und die Durchführung der inneren Reformen in Preußen und im Reich von allen zur Verfügung stehenden Mitteln Gebrauch zu machen. — Als Delegierte wurden bisher gewählt: Siering, Foesle, Bräuner, Schadow, Baritz, R. Schmidt, Paehel, Sommer und Sailer.

Am 8. Juli tagte in Dresden eine Bezirksversammlung der Kreisorganisation der neun (1.—9.) sächsischen Kreise. Der vom Bezirksvorstand zugewählte organisatorische und agitatorische Arbeitsplan, der auch eine Vertretung der organisatorisch schwächeren Kreise im Bezirksvorstand vorsieht, wurde einstimmig angenommen. In der Aussprache wurde vom Landesvorsitzenden, Genossen Sandermann, betont, daß er, wie schon früher, bei einer künftigen Neuorganisation der Landesorganisationen für eine Zusammenfassung des Landesvorstandes aus allen 23 sächsischen Kreisen eintrete. Der Vorsitzende des 7. Kreises hob hervor, daß eine rege Agitationsarbeit auch in der gegenwärtigen Zeit nicht ohne Erfolg sei; der 7. Kreis habe in der vergangenen Woche 40 Neuaufnahmen zu verzeichnen. In den Bezirksvorstand Dresden wurden als Vertreter für die Lausitz Genosse Jwahe-Neugersdorf und für die übrigen außerhalb Dresdens liegenden Kreise Genosse Eberffig-Weihen zugewählt. Nach einem Vortrag des Bezirkssekretärs, Genossen Kühn, über die Stöckholmer Friedensverhandlungen und die Tätigkeit der deutschen Partei in der Friedensfrage, wurde der Bericht aus der Landesorganisation erhalten und hierauf beschlossen, den Kreisen die Einführung einer Extramarkte zu empfehlen, deren Entnahme den Parteimitgliedern, die sich in besseren wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, zur Pflicht gemacht werden soll. Die Erträgnisse hiervon bleiben den Kreisen zu ihrer Verfügung.

Die unabhängige „Nordhäuser Volkszeitung“.

Die „Internationale Korrespondenz“ schreibt: Wir hatten an die Nordhäuser Volkszeitung die Frage gerichtet: Ist es eine Preisgabe wichtiger Grundrechte der Arbeiterbewegung, wenn man sich, um Inserate zu erhalten, unterschrittlich verpflichtet hat, eine bestimmte kapitalistische Institution nicht mehr anzugreifen? — Die „Nordhäuser Volkszeitung“ antwortet darauf ausweichend, sie erkläre die Bedeutung für eine reichsfertige Verleumdung, so lange wir nicht mit unserem Material aufwarten; übrigens könne solches Material gar nicht beibringen, weil es nicht existiere.

Der Hergang, auf den wir anspielten, ist folgender: Im vorigen Jahre wurden der „Nordhäuser Volkszeitung“ die städtischen Anzeigen entzogen. Als Grund für diese Maßregelung gab der Magistrat die gefälligen und unwahren Angriffe des Blattes auf seine Amtsführung an. Die „Nordhäuser Volkszeitung“ bemühte sich dann sehr darum, die ihr entzogenen Inserate wieder zu erhalten. Da ihr das zunächst nicht gelang, wandte sie sich, „unabhängig“ wie sie ist, an drei Genossen, die auf dem Standpunkt der Wahrheit stehen und durch ihre Mitarbeit in der Kriegsdiffee und der Nahrungsmittelversorgung mit den Spitzen der städtischen Behörde bekannt waren; es waren das die Genossen Hermann Schmidt, Gauleiter des Tobakarbeiter-Verbandes, Friß Hartmann, Geschäftsführer des Retailarbeiter-Verbandes, und Karl Hartmann, Geschäftsführer des Konsumvereins in Nordhausen. Sie konnten von der Stadtverwaltung keinen anderen Beiseid erwirken, als den, daß das Blatt die Inserate wieder bekommen werde, wenn die Redaktion sich unterschrittlich verpflichte, keine derartigen Angriffe mehr gegen die Stadtverwaltung zu richten. Dieses Versprechen hat die Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“ abgegeben. Das Schriftstück mit der Unterschrift des unabhängigen Redakteurs, in dem er sich verpflichtet, die Nordhäuser Stadtverwaltung nicht mehr anzugreifen, befindet sich noch heute in den Händen des Nordhäuser Oberbürgermeisters Dr. Contag. Bei einer späteren Gelegenheit erklärte der „unabhängige“ Redakteur der „Nordhäuser Volkszeitung“, der zunächst durchaus das Bewußtsein dafür hatte, daß er mit dieser Unterschrift seine journalistische und politische Ehre verlore; er treue sich jetzt doch, die Unterschrift gegeben zu haben, sonst wäre die Zeitung längst nicht mehr vorhanden.

Dies ist also der Tatbestand. Das Organ der unabhängigen Sozialdemokratie in Nordhausen leidet von der Gnade des Magistrats, die es durch das christliche Versprechen erwirkt hat, die Stadtverwaltung nicht mehr anzugreifen.

Der Vettelbrief an die Kapitalisten vom August 1914 und das schriftliche Versprechen zu Händen des Oberbürgermeisters vom Jahre 1916, für die Gewährung von Inseraten die Angriffe auf die Stadtverwaltung einzustellen, haben weder die „Nordhäuser Volkszeitung“ noch irgendein anderes „unabhängiges“ Blatt davon abgehalten, sich über die ungeschickte Bitte zu entrüsten, die Leipziger Handelskammer möge die Agitation für das neu gegründete Parteiblatt in Leipzig, die „Freie Presse“, nicht hören. Dieser Leipziger Vettelbrief ist vom sozialdemokratischen Parteivorstand und der gesamten sozialdemokratischen Presse aufs entschiedenste verurteilt worden; von unseren Feststellungen über den Vallen im Auge der Nordhäuser Epistlerichter hat bisher kein unabhängiges Blatt Notiz zu nehmen gewagt.

Industrie und Handel.

Steuerefreiheit für Daimler.

Die Riesenüberschüsse der Daimlerwerke, die diese in der Kriegszeit erzielen, werden allgemein als ein Musterbeispiel dafür betrachtet, wie vom Reich den Kriegsgewinnern aus Kosten des gesamten Volkes mit vollen Händen gegeben wird. Es erregt in den Kreisen der durch den Krieg notleidenden Bevölkerung die größte Unzufriedenheit, wenn sie sehen muß, wie in einer Zeit, wo ihr die größten Entbehrungen und Opfer zugemutet werden, die Erwerbsgesellschaften Riesengewinne erzielen und Aktionäre enorme Summen einschleichen, die dafür keinen Finger krümmen zu machen brauchen, wie außerdem gewaltige Reinerlöse auf spätere Zeiten zurückgestellt werden, wodurch die Aktionäre mit absoluter Sicherheit auf eine lange Reihe fester Jahre rechnen können. Im württembergischen Landtag hat nun der völksparteiliche Abg. Leibfried die kaum glaubliche Tatsache zur Sprache gebracht, daß die Stadtgemeinde Sindelfingen dieser millionenschweren Gesellschaft, die kaum weiß, wo und wie sie ihre Ueberschüsse unterbringen soll, zeitweise Steuerfreiheit eingeräumt habe. Auf gleicher Stufe steht, was Leibfried weiter mitteilte, nämlich, daß die Stadtgemeinde Sindelfingen den Daimlerwerken die großen Grundflächen für die Werke in Böblingen-Sindelfingen zum Preis von 88 Pf. für das Quadratmeter zur Verfügung stellte. Soweit die Grundbesitzer mit einem solchen Preis nicht zufrieden waren, zahlt die Stadtgemeinde Sindelfingen den Fehlbetrag aus ihrer Tasche. So darf die Heranziehung von Industrie denn doch nicht betrieben werden. Wenn namentlich in dieser Zeit Betrieben wie den Daimlerwerken

auf Kosten einer Gemeinde große Summen geschert werden, so ist das kaum anders als großer Unfug zu bezeichnen. Daß eine solche Befehlshalt an eine Gemeinde derartige Anforderungen stellt, beleuchtet das rücksichtslose Tun derartiger Profitgesellschaften nach einer besonderen Seite.

Dieses Gebahren ist um so unbegreiflicher und verurteilenswerter, als die Kosten von Erweiterungen der Kriegsinindustrie bereits in die Lieferungspreise eininkalkuliert werden.

Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn.

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sind, wie die „Nat.-Ztg.“ erfährt, soweit vorbereitet, daß die beteiligten Regierungen demnächst mit den amtlichen Verhandlungen beginnen werden. In den Verhandlungen dürfte die deutsche Regierung einige Herren des auswärtigen Amtes und mehrere Vertreter des Reichsamtes des Innern entsenden. Von österreichischer Seite werden die Leiter des Handelsministeriums, die Sektionschefs Scheimatt Viktor Mataja und Richard Niedl und Ministerialrat Schäffer, und von ungarischer Seite der Handelsminister Graf Serenyi und der Staatssekretär im Handelsministerium Baron Vers an den Verhandlungen teilnehmen.

Tod eines königlichen Kaufmanns.

Neben Casar Wolheim der reichste ober-schlesische Kohlenhändler Friß von Friedländer-Fuld ist Montag auf seiner prächtigen Besitzung in Lanke bei Bernau gestorben.

Friß Friedländer — er wurde erst später geadelt und nahm auch erst dann die Verbindung seines Namens mit dem seiner Frau, einer geborenen Fuld aus Amsterd., vor — trat als blutjunger Mann in die durch den Anbruch der siebziger Jahre erschütterte Firma Emanuel Friedländer u. Co. in Gleiwitz ein. Bald gelang es ihm, den Ruf des Hauses wiederherzustellen und im Kohlenbergbau selbst festen Fuß zu fassen. Im scharfen Gegensatz zum rheinisch-westfälischen Kohlenhandel, der in völlige Abhängigkeit vom Syndikat gekommen ist, hat sich der Kohlenhandel in Nordböhmen und in Oberschlesien nicht nur selbständig zu erhalten bemüht, er hat sogar großen Einfluß auf den Kohlenbergbau selbst errungen. Friß von Friedländer-Fuld hat die Kohnitzer Steinkohlengewerkschaft geschaffen, deren große Kokereien, Teerddestillationen, Benzolaffinerien und Bricketfabriken für eine außerordentliche Mannigfaltigkeit und weitgehende Ausnutzung der dunkeln Schätze sorgen. Ebenso sind die Oberschlesischen Kokswerke und Chemische Fabriken eine Schöpfung Friedländers. Später ist er diesem Unternehmen fremd geworden, als er wegen eines Konfliktes über die Hohenloherwerke seine finanzielle Verbindung mit der Berliner Handelsgesellschaft löste und zu der Deutschen Bank überwechselte. Für die überaus mannigfachen Interessen, die sich allmählich weit über Oberschlesien hinaus erstreckten, ist die Zahl der Aufsichtsräte charakteristisch, denen der Verstorbenen — einer der reichsten Männer Deutschlands — angehörte. Er war Vorsitzender des Aufsichtsrats der Braunkohlen- und Bricketindustrie A.-G., der Russischen Montan-Industrie A.-G., der Kohnitzer Steinkohlengewerkschaft, Mitglied des Aufsichtsrats der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Ober-schlesischen Stickstoff-Werke A.-G., Deutschen Bank, Deutschen Lloyd Transport-Verkehrs-A.-G., Internationalen Lloyd Versicherungs-A.-G., Russischen Eisenindustrie A.-G., Metallfabriken A. Gaulte A.-G. und Zentralauschmittglied der Reichsbank.

Soziales.

Wann beginnt die Krankrente?

Bei vorübergehender Invaldität wird die sogenannte Krankrente schon dann vor Ablauf der 26. Woche gewährt, wenn ein Anspruch auf Krankengeld gegen die Krankenkasse vor dem Ablauf der 26. Woche auf Grund des § 188 der Reichsversicherungsordnung in Kraft gekommen ist. Wie ist nun die Rechtslage, wenn überhaupt kein Anspruch auf Krankengeld besteht? In einem solchen Falle hat ein durch eine Kriegsverwundung vorübergehend invalide Gewordener den Anspruch auf Gewährung der Krankrente vom ersten Tage seiner Invaldität als geltend gemacht. Das Reichsversicherungsamt hat diesen Anspruch für unbegründet gehalten. Von einem „Befall“ des Krankengeldes, wie ihn das Gesetz erfordert, könne nach dem allgemeinen Sprachgebrauch nur dann die Rede sein, wenn vorher ein Anspruch auf Krankengeld bestanden habe. Danach sei ein Anspruch auf Krankrente vor Ablauf der 26. Woche nach Urteil und Wortlaut der Reichsversicherungsordnung dann nicht begründet, wenn der vorübergehend Invalide, wie hier, überhaupt keinen Anspruch auf Krankengeld hatte. Im vorliegenden Falle könne der Kläger die Krankrente erst vom Ablauf der 26. Woche nach Eintritt der Invaldität beanspruchen.

Der Irrtum des Vertrauensarztes.

Der Arbeiter Sch. erlitt am 17. Januar 1913 durch Hufschlag eines Pferdes eine Verletzung des Kopfes und des rechten Armes. Es trat eine Lähmung des rechten Augenmuskels ein. Vom 29. Juli bis zum 11. August 1913 war der Verletzte infolge Gesichtstriebe völlig erwerbsunfähig.

Die Logereiderngenossenschaft lehnte auf Grund des vertrauensärztlichen Gutachtens den Anspruch des Klägers auf Entschädigung ab, weil der Unfall eine meßbare Einbuße der Erwerbsfähigkeit über die 18. Woche hinaus nicht hinterlassen hat. Das Oberverwaltungsamt gab dem Kläger für die Zeit vom 19. April bis 30. Juni 1913 eine Schonungrente von fünfzehn Prozent, da die Klagen des Sch. über Kopfschmerzen in der ersten Zeit nach dem Unfall glaubhaft erschienen. Auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt eingeholten Obergutachtens gewährte dieses die Rente von fünfzehn Prozent fortlaufend und für die Zeit der völligen Erwerbsunfähigkeit die Vollrente. Der Obergutachter hatte festgestellt, daß die Lähmung des Augenmuskels durch Moskenabspengung in der rechten Augenhöhle hervorgerufen war. Es ist schwer zu verstehen, wie derartige, objektive nachweisbare Unfallfolgen dem Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft entgehen konnten. Durch seine Schuld ist ein fast vierjähriges Streitverfahren entstanden, dessen Kosten die Staats- bezw. Reichskasse zu tragen hat. Angesichts solcher Tatsache dürfte es sich doch für die Genossenschaft empfehlen, nicht ausschließlich ihrem Vertrauensarzt zu folgen.

Gerichtszeitung.

Diebstehlen im Depot des immobilien Kraftfahrer-Bataillons kamen gelegentlich eines Verfahrens gegen zwei Kutscher zutage, die der Firma Rosenthal Gasrohre, Zinkbleche usw. im Werte von 3500 M. unterschlagen hatten. Die erste Strafkammer des Landgerichts II verurteilte den Ernst Kautenberg zu sechs Monaten, den Ernst Günther zu zwei Wochen und den Klempnermeister Otto Sebastian wegen Hehlerei zu sechs Monaten Gefängnis. Bei der Hausdurchsuchung nach den bei Rosenthal unterschlagenen Sachen fand man auch ein ganzes, wenn auch kleineres Warenlager von Gegenständen, wie etwa 600 Autoteile, Magnete, Autoführer, 160 Pfund Messingteile, 80 Pfund Aluminiumblech sowie eine große Anzahl von Automobilandrückungsgegenständen, die sämtlich dem Depot des immobilien Kraftfahrer-Bataillons gestohlen worden waren. Dadurch kam man hier um f a n g r e i c h e n Diebstählen auf die Spur.

Bekanntlich stammen die Gummireifen, die die Stadt-lasse Schöneberg für 1800 M. für das oberbürgermeisterliche Auto auf illokale Weise erwarb, aus der Fahrtschule des Kraftfahrer-Bataillons.

Verantwortl. f. Wolff: Dr. Franz Dieberich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Reutlingen; für Inserate: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Dorotheas Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Sterna 1. Beilage und Unterhaltungsblatt.

Sollen wir für die Kriegsbeschädigten sammeln?

Wir erhalten folgende Zuschrift:
 Gegen die vom Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Aussicht genommene allgemeine Sammlung für Kriegsbeschädigte sind in der Presse mehrfach Bedenken geltend gemacht worden. Daraufhin hat der Reichsausschuß im Einvernehmen mit dem Reichsamt des Innern der Presse einen ausführlichen Artikel zugänglich gemacht. Hiernach steht der Reichsausschuß auf dem Standpunkt, daß die Rentenversorgung der Kriegsbeschädigten in vollem Umfange Aufgabe des Reiches sei und daß das Manuskript der Versorgungsgefeß dringend eines weiteren Ausbaues bedürfe. Jede gesetzliche Regelung trage aber etwas Starres und Schematisches an sich und könne daher den besonderen Verhältnissen des Einzelfalles durchaus nicht immer Rechnung tragen. Für den Ausgleich solcher Härten wie auch für die Durchführung der sozialen Fürsorge und zur Hilfe für die Rentenlosen seien daher weitere Mittel erforderlich, die nicht in unbeschränkter Höhe vom Reich zur Verfügung gestellt werden könnten und somit auf dem Wege der Sammlung aufgebracht werden müßten, ebenso wie dies auf dem Nachbargebiet der Hinterbliebenenfürsorge mit großem Erfolg durch die National-Stiftung geschehe. Eine allgemeine Sammlung sei auch das wirksamste Mittel gegen den in den „wilden Sammlungen“ so vielfach zutage tretenden Wohlfaßtsdilettantismus.

Diese Erklärung bildete den Gegenstand einer Besprechung zwischen Vertretern des Reichsausschusses und den unterzeichneten Reichstagsabgeordneten, die der Kriegsbeschädigtenfürsorge als Angehörige der größeren Parteien nahestehen. Die Aussprache ergab volle Übereinstimmung mit dem Standpunkt des Reichsausschusses. Man war sich auch darüber einig, daß die soziale Fürsorge und die hierfür notwendigen Sammlungen das Gebiet der Seeressverwaltung in keiner Weise berühren, und daß der Vorschlag einiger Zeitungen, die Sammelgelder der bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge dem militärischen Einfluß zu unterstellen, selbstverständlich entschieden abgelehnt werden muß.

Berlin, den 13. Juli 1917.

Krendt — Bauer-Breslau — Behrens — Böttger — Giesberts — Legien — Lisching — Nolkenbuhr — Pfleger — Prinz-Schönstadt-Carolath — Eibkovich — v. Deit — Graf Westarp — v. Winterfeldt.

Dazu wird uns aus Gewerkschaftskreisen geschrieben: **Kummern** haben sich sowohl das Kriegsministerium wie der Reichsausschuß mit aller Entschiedenheit auf den Standpunkt gestellt, daß die Rentenversorgung Aufgabe und Pflicht des Reiches sei und daß der Not der Kriegsbeschädigten nicht durch Sammlungen abgeholfen werden dürfe. Die durch den Sammlungsaufruf des Reichsausschusses bei uns ausgelösten Befürchtungen, daß man im Ernst daran denke, das letztere zu tun, sind damit im wesentlichen beseitigt. Nur hatten wir jetzt des entschiedenen Eintretens des Reiches für die Kriegsbeschädigten. Und nicht nur für diese, denn auch die Not der Rentenlosen fordert schnelle Abhilfe. Hier heißt es, sofort eingreifen.

Wenn in der uns zugegangenen Einwendung die Notwendigkeit betont wird, dem Reichsausschuß zum Ausgleich besonderer Härten im Einzelfalle besondere Mittel zur Verfügung zu stellen, so erkennen wir sie an. Unter den jetzigen Verhältnissen wird man auch gegen die freiwillige Vergabe von Mitteln nichts haben können. Wir halten auch die Stellungnahme gegen die vielen wilden Sammlungen in der Zuschrift für durchaus angebracht. Duzende und aber Duzende von Sammlungen sind genehmigt worden. Diese Zerplitterung ist von größtem Uebel. Die Gewähr zweckmäßiger Verwendung der Gelder ist jedenfalls eine überaus minimale.

Was uns in der Kriegsbeschädigtenfürsorge am meisten zu fehlen scheint, ist die gesetzliche Grundlage derselben. Schon im August 1916 haben die Gewerkschaften und Angestellten auf der der Kriegsbeschädigtenfürsorge gewidmeten Tagung in Köln diese gesetzliche Grundlage gefordert. Es wird Zeit, daß sie geschaffen wird. Dann dürften auch dem Reichsausschuß die Mittel, die er heute durch Sammlungen für seine besonderen sozialen Aufgaben aufbringen muß, zur Verfügung stehen.

Groß-Berlin

Die Obst- und Gemüsenot in Berlin.

Ueber die Belieferung Groß-Berlins mit Obst und Gemüse äußerte sich in einer Konferenz mit Vertretern der Presse der Oberregierungsrat v. Tilly, Leiter der Reichsstelle für Obst und Gemüse.

Den Mangel an diesen Nahrungsmitteln, den wir zurzeit bitter empfinden, führte er hauptsächlich auf die Dürre zurück. Die Verhältnisse seien nicht überall so traurig wie in Groß-Berlin, das unter der gerade in der Karl Brandenburg sehr schlimm auftretenden Trockenheit zu leiden habe. Herr v. Tilly erklärte, das jetzt von der Reichsstelle befolgte System habe sich bewährt und werde beibehalten werden. Diese Meinung sei auch im Ausschuß des deutschen Städtetages in seiner letzten abgehaltenen Sitzung zum Ausdruck gekommen. Davon, daß etwa die Höchstpreisfestsetzung das Obst und Gemüse vom Groß-Berliner Markt vertrieben habe, könne keine Rede sein. Infolge der Warenknappheit werde von der Bevölkerung, auch von großen Industriebetrieben, die Ware den Erzeugern so gleich an den Erzeugungsstätten abgekauft, so daß sie den Markt gar nicht zu beschicken brauchen. Mit aller Entschiedenheit verwahrt v. Tilly die Ausführverbote, durch die manche Erzeugungsgebiete abgeperrt worden sind. Noch vor wenigen Tagen habe der jetzige Reichsminister Dr. Michaelis als Staatskommissar für das Ernährungswesen angeordnet, daß alle bestehenden Ausführverbote aufzuheben seien. Er selber, der Leiter der Reichsstelle, werde keine Ausführverbote für Ergänzungsgebiete mehr gestatten. Hiermit sei aber sehr wohl vereinbar, daß man die Ausfuhr von Obst und Gemüse aus dem Gebiete von Großstädten zu verhindern sucht. Ueber Maßnahmen, die von der Reichsstelle getroffen worden sind, um Groß-Berlins Belieferung mit Obst und Gemüse zu bessern, machte Herr v. Tilly eingehende Mitteilungen. So habe die Reichsstelle dafür gesorgt, daß in der laufenden Woche 500 Waggons dieser Nahrungsmittel hierher kommen wer-

den. Die gerade jetzt sehr starke Nachfrage nach Obst und Gemüse, den einzigen noch nicht rationierten Lebensmitteln, lasse sich allerdings nicht befriedigen. In dieser Hinsicht dürfe man sich keinem Optimismus hingeben. Die nächsten 10 bis 14 Tage, die noch bis zur Belieferung mit Frühkartoffeln vergehen können, seien die allerstärksten der ganzen Kriegszeit. Herr v. Tilly hob hervor, daß es Pflicht und Schuldigkeit der Kommunalverbände sei, selber hinauszugehen und Lieferungsverträge abzuschließen.

In der Besprechung wurde hingewiesen auf die (im „Vorwärts“ am Montag bereits mitgeteilte) neueste Anordnung des preussischen Landesamts für Gemüse und Obst, daß Pächter in Stadt- und Landkreisen von diesen angehalten werden könnten, ihre Erzeugnisse innerhalb dieser Gebiete zu veräußern. Gegen die Stadt Berlin wurde der Vorwurf erhoben, sie habe nicht zu verhüten gewußt, daß die Pächter ihrer Rieselgüter das dort ge-

Unsere Feldpost-Abonnenten

Bitte wir, ihr Abonnement für August möglichst bald erneuern zu wollen. Soll in der Zustellung des „Vorwärts“ zu Anfang nächsten Monats keine Unterbrechung eintreten, so müssen wir die Uebersetzung der einzelnen Feldpostabonnenten-Adressen an die Post

Schon von Mitte Juli an

bestehen, weil die Post sonst nicht in der Lage ist, diese Tausende von Abonnenten rechtzeitig und regelmäßig zu besorgen.

Im Monat Juli gingen uns besonders zahlreiche Beschwerden zu. Wir können denselben nur durch frühzeitige Uebersetzungen abhelfen, was wiederum zur Voraussetzung hat, daß die Einzahlung des Abonnementsbetrages von 1,30 M. pro Monat schon jetzt, nicht erst Ende des Monats erfolgt.

Die Abonnenten müssen erwidern, daß auch die Post mit ewig wachsenden ungeübten Arbeitskräften nicht so präzise arbeiten kann, wie das früher mit ihrem geübten ständigen Personal der Fall war.

Also frühzeitige Erneuerung des Abonnements!

Verlag des „Vorwärts“.

wonnene Gemüse den Berlinern bereithielten und außerhalb absetzten. Aus der Erwiderung des Magistratsrats Jordan war nichts anderes als eine Bestätigung herauszuholen. Erörtert wurde auch der Plan, den auf den Außenbahnhöfen Berlins bisher „wild“ betriebenen Obst- und Gemüsehandel unter Kontrolle des Magistrats zu nehmen. Er soll vom 24. Juli ab auf dem Anhalter Bahnhof für Westen und Süden, auf dem Lehrter Bahnhof für Norden, auf dem Schlesischen Bahnhof für Osten zusammengefaßt werden.

Sendungen an deutsche Gefangene in Frankreich.

Vor kurzem wurde mitgeteilt, daß die französische Regierung angeordnet habe, den deutschen Kriegsgefangenen und Zivil-Internierten Nahrungsmittel, Rauchwaren, Arzneimittel, Toiletteartikel aus den an sie gerichteten Sendungen nicht mehr auszubändigen. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß entsprechende Maßregeln gegen die französischen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in Deutschland getroffen waren. Jetzt kann erstensicherweise mitgeteilt werden, daß die französische Regierung ihre Maßnahmen aufgehoben hat. Die deutschen Kriegsgefangenen und Zivil-Internierten in Frankreich dürfen also wieder wie früher Pakete und Sammelsendungen jeden Inhalts empfangen. Die deutsche Gegenmaßregel wurde daraufhin ebenfalls aufgehoben.

Die Ferienspiele der Berliner Schulkinder

haben auf 15 Innen- und 9 Außenplätzen ihren Anfang genommen. Unter Ueberwindung großer Schwierigkeiten ist es möglich gewesen, diese Einrichtung, die im vorigen Jahre insgesamt rund 575 000 Besucher aufzuweisen hatte, auch im vierten Kriegsjahre nicht nur wieder in ihrem bisherigen Umfang sicherzustellen, sondern um Spielgelegenheit auf einem neuen Platz in Dichtenberg, Adersstr. 28/29, zu erweitern. Leider ist der Besuch in den ersten Tagen an einigen Stellen hinter den gehobten Erwartungen zurückgeblieben.

Die unter den jetzigen Zeitverhältnissen wichtigste Frage der Belieferung konnte in zufriedenstellender Weise gelöst werden. Es werden verabsolgt morgens Tee mit Zuckerbeigabe, mittags Nudelsuppe und nachmittags Kaffee mit Milchsatz und Brot. Weniger günstig gestaltet sich allerdings die Beförderung der Kinder nach und von den Spielplätzen. Der Mangel an Wagen und Personal und die Rücksicht auf den Andrang der abends aus den Vororten zurückströmenden erwachsenen Bevölkerung hatten zur Folge, daß mit Ausnahme der städtischen Linien sämtliche Straßenbahn-Gesellschaften ihre Mitwirkung versagen mußten. Die anderweitige Regelung der Fahrten gelang nur durch die Bereitwilligkeit der Eisenbahndirektion, neben den Fahrplannmäßigen Zügen eine genügende Anzahl von Sonderzügen bereitzustellen. Die Besuche des Spielplatzes im Plänterwald seien darauf hingewiesen, daß es möglich geworden ist, auch für sie in Zukunft wieder die notwendige Fahrgelegenheit zu schaffen. Kindern mit Freikarten steht wie sonst der Besuch sämtlicher Plätze frei. Die Auffassung, daß sie auf den Plätzen, für die kein Beitrag erhoben wird, nicht zugelassen seien, trifft nicht zu. Der Beitrag für die Besucher von Blankensfelde konnte nachträglich auf 20 Pf. herabgesetzt werden. Von einer Trennung der Geschlechter wird in Zukunft Abstand genommen werden, um solche Kindergruppen nicht voneinander zu trennen, die den Wunsch haben, gemeinsam denselben Platz zu besuchen. Auch die in der Vorstellung der Kinder untrennbar mit den Ferienpielen verbundenen Dampferfahrten nach Ziegenhals werden nicht fehlen. Die Riedelauerer Freizeittouristen-Gesellschaft hat dorthin auch diesmal 1200 Kinder von den Spielplätzen zu Gaste geladen und wird ihnen bei unverzüglicher Verpflegung und ausgiebiger Spielgelegenheit frohe Ferientage bereiten.

Die Ferienspiele sind in diesem Jahre ganz besonders als eine Erholungsgelegenheit gedacht, die den in der Großstadt zurückgebliebenen Kindern den Landaufenthalt erleben lassen. Wir empfehlen den Eltern um so mehr, diese zum Wohle der Berliner Jugend getroffene Einrichtung ausgiebig in Anspruch zu nehmen, als eine Ueberfüllung der Plätze, wie sie zu Anfang der Spielzeit sonst wohl vorkam, infolge der Abwanderung vieler Kinder in die ländlichen Bezirke diesmal nicht zu erwarten ist, und geben hier den durch die Schulen bereits mitgeteilten Plan bekannt:

1. Innenplätze: 1. Am Urban; 2. Brandenburgerstr. 78/79; 3. Reichensberger Str. 131/132; 4. Köpenicker Str. 125; 5. Blumenstraße 77; 6. Rigauer Str. 81/82; 7. Reibelstr. 31/32; 8. Krautstr. 43; 9. Koppelpfad 12; 10. Kastanienallee 81/82; 11. An der einsamen Koppel; 12. Vernauer Str. 89/90; 13. Wiesenstr. 52/54; 14. Bremer Straße 22/22; 15. Jungfernhöhe, am Nordufer des Spandauer Schiffahrtskanals etwa auf der Mitte zwischen der Schleuse am Jungfernhöhe und dem Militär-Versuchs-Amt gelegen.
- II. Außenplätze (Sammelstellen): Für **Grenewald**: Stephanstr. 27, Bremer Str. 22/22 (Spielplatz), Waldenferstr. 20/21, Alt-Moabit 23, Levetowstr. 26, Derflingerstr. 18a, Culmsstr. 15. — Für **W u h**: Carlsstr. 107a, Adersstr. 87, Putzener Str. 3, Schulstraße 99/100, Kanstr. 20/22, Müllerstr. 158/159, Kesselstr. 3. — Für **Blankenfelde I**: Zehdenicker Str. 17/18, Brenzlauer Allee 227/228, Christburger Str. 14, Senefelderstr. 8/7, Greifenhagenstr. Str. 20, Sonnburger Str. 21. — Für **Blanken-**

felde II: Adersstr. 28a, Oberberger Str. 57/59, Straßlunder Str. 54, Driefener Str. 22, Pringenzallee 8, Christianiastr. 4/6. — Für **Brandenburg**: Rigauer Str. 81/82, Petersburger Str. 4, Große Frankfurter Str. 23, Bromberger Str. 13/14. — Für **Hohen-** **schönhausen (Sommerstraße)**: Wehlauer Str. 8, Hausburgstr. 20, Reitenhoferstr. 20/24. — Für **Lichtenberg (Noeckerstr. 28/29)**: Köpovstr. 40, Ostberstr. 19, Straßmannstraße 6. — Für **Plänterwald**: Alte Jakobstr. 127, Naglerstraße 3, Sörliger Ufer 2, Sörliger Str. 51, Brieger Str. 17/18, Reichenberger Str. 131/132, Glogauer Str. 12/16. — Für **W u h I**: Mariannenufer 1a, Köpenicker Str. 125, Markusstr. 40, Rangestr. 76, Rüdersdorfer Str. 4/5.

Wie die Eier-Kleinhandelspreise entstehen.

In der letzten Sitzung des Nahrungsmittelausschusses der Stadt Dichtenberg machte Stadtsyndikus Dr. Marek Mitteilung über die Eierversorgung Groß-Berlins und die Preisfestsetzung. Danach ist vor einigen Wochen die künftige Eierversorgung Groß-Berlins neu geregelt worden. Der Bedarf der Groß-Berliner Gemeinden wird nicht mehr wie bisher durch die Rentaleinkaufsgesellschaft zugewiesen, sondern die Gemeinden erhalten die Eier direkt von den auswärtigen Lieferungsbezirken, denen sie zugeteilt sind. So ist z. B. als Lieferungsbezirk für die Stadt Dichtenberg Danzig bestimmt. Die zu liefernde Menge beträgt pro Jahr und Kopf der Bevölkerung 26 Eier. Der Eier-Kleinhandelspreis beträgt nach der Neuordnung 34 Pf. für das Stück und setzt sich wie folgt zusammen: Der Erzeugerhöchstpreis beträgt 22 Pf., die Kosten des Einsammelns, Verpackens usw. 6 Pf., so daß z. B. der Bezirk Danzig die Eier zum Preise von 28 Pf. liefert. Als Preisausgleich zwischen inländischen und ausländischen Eiern sind vom Landesamt für Nahrungsmittel und Eier 2 1/2 Pf. schiefgesetzt, so daß die einzelne Gemeinde die Eier zum Erzeugerpreise von 30 1/2 Pf. erhält. Als Unkosten für den Transport vom Lieferungsbezirk berechnet z. B. die Stadt Dichtenberg für das Stück 0,35 Pf., der Käufer erhält 0,40 Pf. Die Großhändler, die die Eier wieder an die Kleinändler verteilen, zahlen 31 Pf. und dürfen von ihren Uebernehmern 3 1/2 Pf. nehmen, wofür sie aber alle Unkosten, insbesondere auch die Märgung und den Verlust an schlechten Eiern zu tragen haben. Den Kleinändlern ist ein Verdienst von 1 1/2 Pf. am Stück zugestimmt worden; sie geben die Eier an die Verbraucher zum Preise von 34 Pf. ab.

Wie diese Zusammenstellung zeigt, kostet also allein das „Einsammeln, Verpacken usw.“ eines Eies fast ebensoviel, wie vor dem Striege der Ladenpreis ausmachte, nämlich 6 Pf. Wir fragen: Wie geht das zu?

Die Offenhaltung von Lebensmitteläden.

In letzter Zeit haben Lebensmittelverkaufsstellen vielfach an Werttagen vor 8 Uhr abends geschlossen. Der Magistrat Berlin weist darauf hin, daß derartige Geschäfte nach der Verordnung betreffend die Offenhaltung von Lebensmittelverkaufsstellen in den Abendstunden vom 1. August 1916, soweit nicht durch Folgebekanntmachung oder Ortsstatut etwas anderes vorgeschrieben ist, an Werttagen in den Abendstunden von 6—8 Uhr oder, sofern ein längeres Offenhalten zugelassen ist, auch innerhalb dieser Zeit für den geschäftlichen Verkehr offenzuhalten sind. Der berufstätigen Bevölkerung soll hierdurch der Einkauf von Lebensmitteln erleichtert werden. Ausnahmen sind nicht gestattet. Auch die Rücksicht auf die Ersparnis von Beleuchtungsmitteln läßt keinerlei Befreiung von den angeführten Vorschriften zu. Bei Personal- oder Warenmangel dürfen die Geschäfte vorübergehend nur zu anderen Tageszeiten geschlossen werden. In diesem Falle ist jedoch nach der Verordnung betreffend die vorübergehende Schließung von Nahrungs- und Lebensmittelverkaufsstellen vom 14. Juli 1917 durch Aushang der genaue Zeitpunkt der Wiedereröffnung des Geschäfts bekanntzugeben. Die besonderen Bestimmungen für Fleischer oder Fleischverläufer bleiben bestehen.

Gartenflecker als Kartoffelfelbstverfoger.

Nach einer neueren Entscheidung der Reichskartoffelstelle gelten die Kleingartenbesitzer und Laubenhändler, solange der Kartoffelvorrat ihrer eigenen Anbaufläche reicht, als Selbstverfoger. Sie erhalten solange keine Kartoffelkarten. Die Selbstverfogerer haben hier- nach, soweit ihnen Kartoffelkarten schon ausbegeben sind, diese Karten bei der zuständigen Provinzkommission abzugeben und, nachdem ihr Kartoffelvorrat aufgebraucht ist, die Karten vom Provinzkommissar wieder abzuverlangen.

Bekanntlich haben die Kommunalverbände Ausführverbote auch für solche Kartoffeln erlassen, die in benachbarten Großstädten wohnende Personen in den angrenzenden Bezirken auf eigenem oder gepachtetem Land zu ernten beabsichtigen. Besonders schwer wogt hierdurch die Befreiung kleiner Parzellen, meist Arbeiter, getroffen werden, die ihre Kartoffeln nicht nach ihrem Wohnort ausführen dürfen. Auf Veranlassung des Präsidenten des Kriegs-ernährungsamts hat die Reichskartoffelstelle diejenige Kartoffelmengen in den Bezirken bei der Zuweisung unberücksichtigt gelassen, die auf Anbauflächen bis zu 200 Quadratmeter gebaut worden sind, so daß ein Grund für die weitere Aufrechterhaltung der betreffenden Ausführverbote nicht mehr gegeben ist und diese rückgängig zu machen sind. Ebenso wurde die in manchen Kommunalverbänden bestehende Bestimmung, wonach die auf Flächen bis zu 200 Quadratmeter gewonnenen Kartoffeln in den Großstädten und Industriebezirken den Anbauern nicht restlos belassen werden sollen, gemildert. Von einer Ablieferung ist immer dann abzusehen, wenn die dem Nationaltag von fünf Pfund für den Kopf und die Woche übersteigenden selbstgewonnenen Kartoffelmengen verhältnismäßig geringfügig sind.

Mairüben auf dem Berliner Markt. Zurzeit gelangt in Berlin die in anderen Gegenden Deutschlands seit langem bekannte und gern gegessene Mairübe auf den Markt. Ihre Zubereitung ist einfach. Sie wird sauber gewaschen und abgekocht, in Scheiben oder in Würfel geschnitten und in gleicher Weise wie Mohrrüben, Stroh- oder Zeltener Rüben zubereitet. Auch mit Mohrrüben, gemischt kann sie verwendet werden. Auf genügend langes Kochen der Mairüben muß geachtet werden. Wenn das Laubwerk der Mairüben noch frisch ist, was leider bei den Transportverhältnissen nicht immer der Fall ist, gibt es, kleingelegt oder durchgerührt, ein spinatähnliches Gericht. Die Stadt Berlin hat zahlreiche Verträge über die Lieferung von Mairüben abgeschlossen, von denen zu hoffen ist, daß sie erfüllt werden, damit das bis zum Erscheinen der Frühkartoffeln bisher so lange entbehrt Gemüse auch in weitesten Kreisen der Bevölkerung endlich wieder auf den Tisch kommt.

Die Unabhängigen in Groß-Berlin.

Wie das „Neue Mitteilungsblatt“ der Bezirksorganisation Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei berichtet, zählte der Verband der Wahlvereine am 1. April 1914 116 887 Mitglieder, 1915 deren 85 563, 1916 85 613 und dann nach erfolgtem Uebertritt zur „Unabhängigen Sozialdemokratie“ am 1. April 1917 nur noch 28 000. Selbst wenn man bei der letzten Zahl annimmt, daß gegen 36 000 Kriegsteilnehmer nicht mehr mitgezählt worden sind, hat der Uebertritt zu den „Unabhängigen“ die Groß-Berliner Organisation fast die Hälfte der Mitglieder gelöst. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ging von 21 603 vor Kriegsbeginn auf 7021 am Schluß

Des letzten Geschäftsjahres zurück. Für die „Werbekraft“ der Rabaulstift der Unabhängigen ist charakteristisch, daß im ganzen letzten Jahre in den acht Groß-Berliner Wahlkreisen 550 Eintrittsmarken verkauft worden sind.

Der Wäscheverbrauch in Gastwirtschaften und Hotels.

Die Reichsbedarfsstelle erläßt eine Verordnung, nach der vom 20. Juli ab in Gastwirtschaften, Hotels usw. die Darreichung von Mundtüchern und vom 1. Oktober das Bedecken der Tische mit wuschbarem oder abwischbarem Tischzeug verboten ist. Es steht den Wirten frei, Mund- und Tischtücher aus Papiergewebe zu verwenden. Ferner darf jedem Gast in Hotels und Pensionen, Kurhäusern usw. nur ein frisches Handtuch für den Tag verabreicht werden. Es bleibt dem Gast unbenommen, eigene Wäsche mit sich zu führen. Für die Benutzung eines Bades sind weitere zwei Handtücher oder an Stelle eines zweiten Handtuchs ein Bad- oder Protierhandtuch zuzustellen. Die Bettwäsche soll grundsätzlich jedem Gast wenigstens sieben Tage dienen, ehe sie gewechselt werden darf. Nur in außergewöhnlichen Fällen, wie bei Erkrankungen oder dergleichen, dürfen einzelne Stücke vorzeitig erneuert werden.

Ein merkwürdiger „Kaufmann“. Das Kriegswuchergesetz hat dem Kaufmann J. O. Reifen, Berlin, Mendelssohnstraße 15, den Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Textilien und Textilierfabrikaten wegen Unzuverlässigkeit untersagt. Reifen hatte weder Geschäftsbücher geführt noch sonst sich Aufzeichnungen über seine Geschäfte gemacht; auch wollte er sich auf seine Lieferanten und Abnehmer nicht mehr besinnen können.

Die Bewehrung Berlins durch Werberische Obdachlose. In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Werder wurde lebhaft die Obdachfrage besprochen. Der Stadtverordnete Kroll führte unter anderem aus, daß auf die vor einigen Wochen veröffentlichte Ansicht über die Obdachfrage scharf erwidert werden müßte, denn es sei keine Rede davon, daß man irgendwie daran gedacht habe, Obst an den Bäumen verkaufen zu lassen, um es nicht zum Höchstpreise abgeben zu müssen. Stadtverordneter Pehold erklärte, daß der Dabelobstbau dazu nicht schweigen dürfe, denn dann würde er die Unwahrheit sagen. Eine Reihe von Obstzüchtern habe sich allerdings bei ihren Berliner Abnehmern durch Wucherpreise mißliebig gemacht, und nur dadurch sei der Stand in ein schlechtes Licht gerückt worden. Wucherpreise brauche keiner zu fordern, da ein jeder bei den jetzigen Preisen auskommen könne.

Ein Gurkenhändler hatte in der Zentralmarkthalle Gurken für 34 Pf. das Stück gekauft. Bald darauf stand er mit seinem Wagen an der Spandauer Brücke und verkaufte die Ladung für 80 Pf. das Stück. Trotz dieses Wucherpreises fand die Ware reichenden Absatz. Einige verständige Leute aber machten einen Schachmann aus den Wucherpreis aufmerksam und dieser legte dem Handel ein Ziel. Der Händler wurde verhaftet. Die Gurken wurden von der Polizei zum Höchstpreise verkauft.

Überes Bestellgeld in Groß-Berlin. Das Bestellgeld für Pakete beträgt in Berlin und anderen großen Orten bis 5 Kilogramm 15 Pf., bei schwereren 20 Pf. Vom 1. August an werden diese Sätze auch in Friedenau, Grunewald, Halensee, Lankwitz, Lichterfeld, Mariendorf, Ober-Schöneberg, Pankow, Reinickendorf-Ost und West, Krummeltal, Schöneberg, Steglitz, Süden, Tempelhof, Weihensee, Wilmersdorf und Neukölln erhoben. Die Bestellgebühr für Wert- und Einschreibepakete im Ortsbestellbezirk beträgt ohne Rücksicht auf das Gewicht 20 Pf.

Ein Verbrühter gestorben ist das ein Jahr alte Kind Gertrud Tausch aus der Kopenicker Str. 47. Die Kleine fiel in ein Wasserglas mit heißem Wasser, das auf dem Fußboden stand und schon mit Wäsche gefüllt war.

Mit einem Heilmittel vergiftet hat sich eine 56 Jahre alte Frau von der Friedrichstraße. Die Frau litt an den Nerven und erhielt von einem Arzt zur Beruhigung Pulver. Statt sie nach Vorschrift zu benutzen, nahm sie alle auf einmal. Man fand sie in ihrer Wohnung tot auf.

Selbstmord eines Untersuchungsgefangenen. Ein aufsehender Vorfall hat sich am Sonnabend auf dem Rathenower Staatsbahnhof abgespielt. Der 23jährige Monteur Erich Eisse 11, der sich wegen

der Beteiligung an einem Diebstahl von Elektromotoren im Werte von 10 000 M., die in Prenzlau bei Rathenow gestohlen worden waren, in Berlin in Untersuchungshaft befand, war zu einem Termin an Ort und Stelle transportiert worden. Als er sich auf dem Rückwege mit seinen Begleitern auf dem Bahnhof Rathenow befand, um das Eintreffen des nach Berlin gehenden Zuges abzuwarten, fürzte er sich plötzlich in dem Augenblick auf das Gleis, als ein Zug heranfuhr. Er wurde von der Lokomotive überfahren und so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb.

Charlottenburg. Die Stadt wird vom Donnerstag, den 19. d. M., ab bis auf weiteres ausländischen Vienaerhonig verkaufen, und zwar erhalten die Inhaber der Bezugsmarken J für Charlottenburger Haushaltungen gegen Abgabe dieser Bezugsmarken für kleine Haushaltungen bis zu 3 Personen 1 Pfundglas, für große Haushaltungen von 4 und mehr Personen zwei Pfundgläser zum Preise von 3,75 M. je Glas. Die Entnahme darf nur in den Geschäften erfolgen, in denen die Haushaltungen zum Bezug von Honig und Graupen eingetragen sind. Jedes Glas ist mit einem mit dem Wappen der Stadt Charlottenburg versehenen Papierstreifen verschlossen. Die Abgabe des Honigs erfolgt nach und nach je nach dem Eingang der Ware, so daß allmählich alle Charlottenburger Haushaltungen in den Besitz von Honig gelangen können.

Spandau. Lebensmittel. Am Dienstag, den 17., beginnt der Verkauf von Auslandsmarmelade gegen Abtrennung von Feld 10 der Lebensmittelkarte. Auf jedes Feld sind 350 Gr. lose Marmelade oder auf drei Felder ein Glas Marmelade zu verabsorgen. Der Verkaufspreis darf bei den Gläsern 8 M. pro Stück, bei der übrigen Marmelade 2,10 M. für das Pfund nicht übersteigen. — Der Stadt ist ein Posten Kriegsmus überwiefen, mit dessen Verteilung im Stadtteil Neukölln begonnen ist. Das Kriegsmus kann sofort gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte verkauft werden, und zwar auf jede Karte 1 Pfund zum Preise von 60 Pf. Die Kübel und Eimer tragen die Bezeichnung „Kriegsmus“, worauf wegen der den Geschäften ebenfalls gelieferten Auslandsmarmelade besonders hingewiesen wird. — Auf Feld II der Speisefettkarte ist noch Butter in folgenden Geschäften zu haben: Sydow, Johannstr. 62, Sonntag, Staakener Str. 20, Seibler, Schürstr. 3, Drense, Schäferstr. 13, Horn, Reber Str. 3, Reich, Verstr. 12, Wiese, Märkischer Steig 11, Krebs, Seegerfelder Str. 35, Karsinski, Fichtenweg 1.

Neukölln. Lebensmittel. Denen, die eine Anmeldung des Käsebezugs unterlassen haben, wird gekündigt, vom 16. bis 17. Juli eine nachträgliche Anmeldung vorzunehmen. Die Nachanmeldungen müssen jedoch ausschließlich bei den Firmen Reichelt und Ruch erfolgen. — Die Gültigkeitsdauer des Abschnitts 29 der Eierkarte wird um 3 Tage bis zum 18. Juli verlängert.

Ödenia. Lebensmittel. Frühgemüse darf in dieser Woche nur gegen Abtrennung eines Abschnitts der Hauptlebensmittelkarte abgegeben werden. Der Kauf hat in dem Geschäft zu geschehen, in dem man in die Kundenliste für Kartoffeln eingetragen ist. Die Juteilung soll der Zahl der Familienmitglieder entsprechen. — In der laufenden Woche werden pro Kopf 1/2 Pfund Frühkartoffeln zum Preise von 8 Pf. für 1/2 Pfund und 15 Pf. für das Pfund verteilt. — Der Kleinerlauf von Koks auf dem Städtischen Gaswerk wird bis auf weiteres eingestellt.

Wilmersdorf. Der Wirtschaftsbund des Deutschen Haus- und Grundbesitzes, Sitz Berlin, hat eine Vermietungszentrale für Wilmersdorf eingerichtet, die in der Brandenburgischen Str. 11 ihren Geschäftsbetrieb bereits aufgenommen hat. Die Vermietungszentrale soll lediglich gemeinnützigen Zwecken im Interesse der Mieter und Vermieter dienen. Sie vermittelt die Vermietung von Wohnungen, Läden, Geschäftsräumen, möblierten Zimmern gegen eine von den beteiligten Hausbesitzervereinen gebilligte Gebühr, die der Vermieter zu tragen hat.

Weihensee. Lebensmittel. In der Woche vom 16. bis 22. Juli gelangen in der Verkaufsstelle Pistoriusstr. 24 Eier zum Verkauf. Auf Abschnitt 12 der Eierkarte wird ein Ei für 84 Pf. abgegeben. Ferner können in dieser Woche auf die Abschnitte 64 f, g und h je 125 Gramm Suppen- und Safernährmittel und auf Abschnitt 64 f 40 Gramm Frühgemüse abgegeben und entnommen werden. Die Entnahme muß in dem Geschäft statt-

finden, in welchem der Inhaber der Kartoffelkarte sich am 13. und 14. Mai gemeldet hat.

Eine Gemeindevertreterkonferenz für Niederbarnim war zum 14. Juli vom Kreisvorstand einberufen worden. Auf der Tagesordnung stand eine Aussprache über die Nahrungsmittelversorgung im Kreis. Genosse Schlemminger legte dar, wie die Versorgung durch den Kreisauschuss und unter Mitwirkung von Privatfirmen geregelt ist. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die dem Kreisauschuss und dem Kreisnahrungsmittelamt überreicht werden soll. In der Entschließung wird festgestellt, daß die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung völlig versagt haben und daß die Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel nicht in gerechter Weise erfolgt. Der Kreisauschuss wird deshalb aufgefordert, den Verteilungsschlüssel so aufzustellen, daß eine gleichmäßige Verteilung aller Orte des Kreises entsprechend ihrer wirtschaftlichen Konstitution gewährleistet wird. Außerdem fordert die Konferenz, daß der Kreisauschuss bezüglich der Lebensmittelversorgung durch Vertreter und Vertreterinnen der Arbeiterschaft verstärkt wird, und zwar mit beschließender Stimme. Solche Vertreter sind auch bei den Bestandaufnahmen hinzuzuziehen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Johannisthal. Mitgliederversammlung Mittwoch, 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von A. Gobin, Roonstr. 2. Tagesordnung: Stockholm—Würzburg. Referent Genosse W. Groger. Gäste willkommen.

Mariendorf. Mittwoch, 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei A. Hoch, Chausseestr. 44: Mitgliederversammlung, Tagesordnung: 1. Kreisgeneralversammlung bzw. Wahl eines Vertreters. 2. Vereinsangelegenheiten (Abrechnung der entnommenen Listen).

Frederiksberg-Petershagen. Mittwoch, 18. Juli: Jahlabend bei Kirchner. Tagesordnung: Berichterstattung über die Gemeindevertreterkonferenz und über die Lebensmittelversorgung. Mitgliedsbücher mitbringen! „Vorwärts“-Leser sind gleichfalls eingeladen. — Beiträge können zu jeder Zeit beim Vorsitzenden G. Kreuer in Frederiksberg, Platanenstraße, entrichtet werden.

Aus aller Welt.

Einrichtung eines Mörbers. Der belgische Kriegsgefangene, der am 25. März in Neuburg zwei Frauen und auf seiner Flucht nach Holland den schon bejahrten Schäferbesitzer Konrad Roe im Papenburger Hochmoor ermordete, ist jetzt hingerichtet worden.

Ein Kriegsgefangener in Frauenkleidern. In Bronau trafen zwei Damen ein, die sich an der Bahnhofspolizei nicht ausweisen konnten. Es stellte sich heraus, daß die eine „Dame“ ein in Frauenkleider gekleideter französischer Kriegsgefangener war, der mit einem deutschen Mädchen über die holländische Grenze zu entweichen gedachte. Die das Mädchen erzählte, wollte das Paar sich in Holland trauen lassen, um dann die Reise nach Frankreich fortzusetzen.

Briefkasten der Redaktion.

W. D. 29. Das geht nicht Ihnen allein so, sondern noch vielen andern. Da Sie im vorigen Jahre kein volles Jahreseinkommen hatten, werden Sie zu dem mutmaßlichen jetzigen Einkommen veranlagt. — **H. B. 250. Treptow.** Den Lehrvertrag können Sie deshalb nicht ohne weiteres lösen, es könnte nur wegen der mangelhaften Ausbildung auf Auflösung des Vertrages gellagt werden. Mitteilend des genannten Verbandes können Sie werden. — **M. S. 724.** Das kann Ihnen natürlich verweigert werden, da Sie dort doch nur besuchswiese sich aufhalten und nicht Ihren Wohnsitz haben. — **Röln 16.** Das reicht wohl nicht aus als Grund zur Scheidung. — **G. C. 1000.** Nein, Sie können keinen Anspruch auf Kündigung erheben. — **J. G., Liebenwalder Str. 5.** Wer den Verkauf direkt an den Verbraucher bewirkt, also somit der Lebensmittelinhaber, ist von der Werbung befreit. Fabrikanten, Großhändler sind somit zur Werbung verpflichtet. — **Alter Abonnent Nr. 100.** Sie müssen die Erlaubnis einholen. Antrag ist beim Landratsamt Niederbarnim, Berlin, Friedrich-Karl-Ufer 15, zu stellen. — **M. M. Rein.**

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Wäbig warm, überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern, trübweise Gewitter.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverband Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenfahrer

August Schumann von der Birna Braun, am 13. Juli im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes in Neukölln, Hermannstraße, aus statt.

Nachruf. Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter

Albert Kusserow von der Firma Hugo Hartung, am 6. Juli, im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege

Gustav May am 8. Juli im Alter von 54 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Allen Bekannten und Freunden hiermit die traurige Nachricht, daß unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Bauer

Heinrich Jänicke am Sonnabend, den 14. d. M., morgens 1/2 Uhr, im Alter von 68 Jahren sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 6. Juli, nachmittags 5 Uhr, auf dem ersten holländischen Friedhof in Schöneberg, Maxstraße, statt.

Um dieses Beileid bitten **Gustav Jänicke u. Frau, Paul Jänicke u. Frau, Herm. Silberchmidt u. Frau, Fritz Stewart u. Frau** nebst Enkelkindern.

Verein der Stereotypen- und Galvanoplastiker Berlins und Umgegend. Wiederum bringen wir den Mitgliedern zur Kenntnis, daß zwei unserer Kollegen dem Kriege zum Opfer gefallen sind:

Wilhelm Veh Karl Höhne **Ehre ihrem Andenken!** 293/4 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten hierdurch zur Kenntnis, daß nach 1 1/2-jähriger, vergeblicher Hoffen und die traurige Nachricht erreicht hat, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Grenadier

Walter Schmoock am 8. Dezember 1915 an seiner Verwundung gestorben ist. In tiefer Trauer Familie Albert Schmoock.

Am Sonnabend, den 14., verschied plötzlich unser lieber Kollege

Max Winkler Pankow, Deynstr. 22. **Ehre seinem Andenken!** Die Kollegen der Berliner Privat-Telephon-Gesellschaft.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Panthoer-Gemeinde-Kirchhofes in Schöneberg aus statt.

Kennen Sie die Wohltat einer Leibrinde? Sämtliche Systeme am Lager nach Maßanfertigung, sowie

Bruchbandagen aller Art. **Artikel 2. Gesundheits- und Krankenpflege.**

Pollmann, Bandagist. Berlin N., Lohringstr. 60. * Lieferant für Krankenkassen.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VI

(Sozialdemokratische Partei Deutschlands.)

Donnerstag, den 19. Juli 1917, abends 8 Uhr. in den Französischen Fest-Sälen, Vahstraße 19: **Generalversammlung.**

Tagesordnung: Der Parteitag in Würzburg. Referent: Reichstagsabgeordneter **Robert Schmidt.** Mitgliedsbuch legitimiert.

Regelmäßiges Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. Der Vorstand.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt G. Birk & Co. m. b. H. in München.

Soeben erschien: **Der II. Band des Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913**

gut gebunden, 688 Seiten, Mk. 10.—

Auch der zweite Band des Handbuches wird für jeden Parteigenossen und Gewerkschaftler unentbehrlich sein, weil durch die sorgfältige und sachliche, alphabetische Zusammenstellung der auf den Parteitag kundgegebenen Anschauungen damit eine sonst nicht vorhandene Uebersichtlichkeit des Materials geboten wird.

Von dem **I. Band**, 1883—1909 (Preis Mk. 7.—), ist noch ein geringer Vorrat vorhanden. Alle Buchhandlungen und Kolporteurs nehmen Bestellungen entgegen. 5132L*

Künstl. Zähne mit echtem Friedenskautschuk

Goldkronen, Brücken, Plomben, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort. Billige Preise, auch Teilzahlung. **Zahn M. Löser, nur Brunnenstr. 185,** nahe Invalidenstr. Persönl. z. spröch. 10-7. Sonntag 10-12. Nord. 11 508

Lungen- und Halsleiden.

Erfolgreiche Behandlung ohne Berufshörung durch unsere kombinierten Heilmethoden. **Sauerstoffkuren und künstliche Kohlenstoff.** Sprechst. 9-10 1/2, 3-4 1/2, Sonntag 10-11. Preis frei. Sanitätsrat **Dr. Weise's Ambul., Berlin 117, Wilhelmstr. 96**

Zähne mit u. ohne Platte, mit echtem Friedenskautschuk, Goldkronen, Brücken, Plomb. **Umarbeitung, schlechtsitzender Gebisse.** Reparaturen sofort. **Zahnziehen** in örtlicher Betäubung. Billige Preise, auch Teilzahlung. Tel. Nord. 10438. **D. A. Löser** Persönl. nur Rosenhaler Str. 69-70 a Platz v. 9-7. z. spröch. Sonntag 10-12.

Elektrolyt Georg Hirth

behält die Verdauung und stärkt den Stoffwechsel. Wirkt lebend auf den ganzen Organismus. Ein Versuch überzeugt. In Pulver- u. Tablettenform für 50 Pf. bis 6 M. Je nach Quantum in den Apotheken oder direkt von der **Ludwigs-Apothek, München 5, Neuhäuserstr. 8.**

Beschlagnahmefreie Mengen **Sektorkorken** bis 27 1/2 Pfg. **Weinkorken 1/1** 5 1/2 Pfennig

sowie alle anderen Sorten gebraucht und neuer **Korke kauft** **W. Nelke** Berlin, Krausenstr. 75 (neben Kompinski) **Balowstraße 24,** Ecke Potsdamer Straße. 9-1. 3-6.

Spezial-Arzt

Dr. med. Hasche, Friedrichstr. 90 direkt am Städtischen Behndl. von Syphilis, Haut-, Gicht-, Frauenleiden, (bes. chron. Fälle). Eitrige Gelenk-, Nerven-, Schmerzlose, färgelste Behandlung ohne Berufshörung. Blutunterstützung. Räg. Preise. Zeitungsanl. Sprechstunden 10 bis 1 und 3-6, Sonntag 11-1.

Unreines Blut

Zur Ausscheidung aller scharfen und kranken Stoffe aus Blut und Säften, gegen Blutverdünnung, Blutaufbau, rotes Gesicht, Hautunreinigkeiten ist mein **Blutreinigungspulver Salaria** seit über 25 Jahren wirksam erprobt. Versand d. Nachnahme: **Otto Reichel,** Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Spezialarzt

Dr. med. Colemann 1. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. **Schwäche, Beinleiden, Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher, unerschmerzlos ohne Berufshörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor f. Blutunters., Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 81** gegenüb. **Königsstr. 34-36** Ecke Neue



Atama Straussenfedern

„Atama“-Straussenfedern sind die besten.

„Atama“-Edelstraussenfedern die allerbesten und bleiben 10 Jahre schön.

„Atama“-Straussfedern kost. 50cm lang 12M., 55cm lang 18 M., 60 cm lang 25 M.

„Atama“-Edelstraussfedern kost. 40 cm lang 15 M., 45 cm 25 M., 50 cm 30 M., 55 cm 42 M., 60 cm 48 M.

Versand nur direkt durch **Hesse, Wrasen, Scheffelstraße** Einz. Probefedern pr. Nachn.

Spezialarzt

Dr. med. Colemann 1. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. **Schwäche, Beinleiden, Ehrlich-Hata-Kuren** (Dauer 12 Tage). Behandl. schnell, sicher, unerschmerzlos ohne Berufshörung in **Dr. Homeyer & Co.** konz. Labor f. Blutunters., Fäden im Harn usw. **Friedrichstr. 81** gegenüb. **Königsstr. 34-36** Ecke Neue

Friedrichstr. 81 gegenüb. **Königsstr. 34-36** Ecke Neue **Spr. 10-11, 5-8, Sonntag 10-11.** Honorar mäßig, a. Teilzahl. **Separates Damenzimmer.**

Zofenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des heimischen Gartens, Gemüses- und Obstgartens von Reg. Gärtnern. Dritte erweiterte Auflage. Mit 126 Textabbildungen. Preis 4 Mark. Expedition **Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden.**

Die Rassen der Urzeit.

Von Dr. Adolf Heilborn.

Das verflorenere Jahrzehnt hat dank den zahlreichen Skelettfunden, die in dieser Zeit gehoben wurden, dank den Altsteinzeitforschungen des Schweizer Otto Hauser und nicht zuletzt dank der „Reorientierung“ der Anthropologie, der Wissenschaft vom Menschen, durch den zu früh gestorbenen, genialen Dresdener Anatomen Hermann Klaatsch unsere Kenntnis von der Abstammung des Menschen und den Rassen der Urzeit bedeutend gefördert. Wir wissen heute, daß schon in ihren frühesten Daseinsstadien die Menschheit in verschiedene Rassen gespalten war, und diese Menschenrassen entsprechen in Parallellage den Rassen der sogenannten Menschenaffen. Wenn auch heute kein ehrlicher Naturforscher mehr an der Blutsverwandtschaft von Menschen und Menschenaffen zu zweifeln vermag, so haben sich doch unsere Anschauungen über diese Verwandtschaftsbeziehungen gewandelt und geklärt. Wir modernen Anthropologen glauben nicht mehr, daß der Mensch vom Affen in gerader Linie abstamme, wie das Darwin annehmend und besonders Gaeddel vertrat, sondern sind der wohl begründeten Ansicht, daß Mensch und Affe von einem niedersten Primatenzustande, sozusagen einer gemeinsamen „Urasseform“, ihren Ursprung nehmen, deren Bild sich der Mensch in vielen Punkten (z. B. im Gebiß, in der Gestaltung der Hand usw.) zudem reiner bewahrt hat als seine von der großen Entwicklungsbahn immer mehr und mehr abgekommenen Vetter, die Affen. In vielen Bindungen unseres Körpers stimmen wir Menschen mit niederen Affen ebenso sehr, wenn nicht gar mehr, überein als mit den hochorganisierten Menschenaffen (Schimpanse, Orang, Gorilla und Gibbon), und zur Erklärung mancher Eigentümlichkeiten müssen wir sogar auf die Vorstufen der sogenannten „Halbaffen“ oder Lemuren, jener altweltlichen, kleinen, heute vorwiegend auf Madagaskar und seine Umwelt (d. h. den einstigen Kontinent zwischen Madagaskar und Indien) beschränkten Säugetiere zurückgreifen. Diese namentlich von Klaatsch verfochtene Theorie — der Leser findet Näheres darüber in meinem kleinen Teubnerbüchlein „Der Mensch der Urzeit“ — hat, wie gesagt, allmählich unter den Anthropologen wie Zoologen immer mehr Anhänger gefunden, und gerade auch die neueren Funde urzeitlicher Menschenfossilien haben sie in wesentlichen Punkten zu stützen vermocht.

Diese Funde setzten mit der Entdeckung des Moustier- und des Aurignac-Menschen durch Hauser (1908/09) ein, und die beiden jetzt im Berliner Völkerkundemuseum als kostbarste Schätze gebildeten Skelette bilden gleichsam den Kristallisationspunkt für alle neueren Forschungen über die Urzeitrassen des Menschen und die Menschenrassen- und Menschenaffenverwandtschaft.

Um dem Leser das Verständnis aller der hier zur Erörterung stehenden Fragen zu ermöglichen, muß ich etwas weiter ausholen. Es ist noch nicht allzu lange her, daß der „Diluvialmenschen“ auch von den Fachwissenschaftlern für höchst problematisch angesehen wurde: trotz des biblischen Zeugnisses sollte der Mensch vor der „Eiszeit“ (d. h. der „großen Kälte“) — aus der das 18. Jahrhundert mit beachtlicher, religiös-moralischer Note eine „Sänflut“ machte — nicht existiert haben. Diese Eiszeit oder das „Diluvium“ (lateinisch eigentlich das Fortwaschen) aber dachte man sich mit Cuvier (1812) als den Abschluß eines vorletzten Schöpfungsaktes; erst eine erneute Handlung des Schöpfers sollte den Menschen erschaffen haben, der also erst nach dem Aussterben der großen „vorflutlichen“ Tiere (Mammut, wollhaartiges Nashorn usw.) auf die Welt gekommen sei. Cuviers Wort: „Es gibt keinen Diluvialmenschen“ hat bis zu den Tagen Darwins, ja, noch länger unumschränkte Gültigkeit gehabt.

Die erste Welle in dieses Dogma legte der englische Geologe Huxell, der nachwies, daß es in der Erdgeschichte keine durch Katastrophen oder sonstige „göttliche Gewaltakte“ geforderte Epochen gebe, daß die verschiedenen Epochen vielmehr fast unmerklich ineinander übergehen, wobei dieselben Naturkräfte, die wir noch heute walten sehen, alle diese Wandlungen der Erdoberfläche (innerhalb gewaltiger Zeiträume) hervorgebracht haben. Und bald darauf wendeten sich auch die Zeugnisse für eine zweifelhafte Existenz des Diluvialmenschen: vorerst in steinernen Waffen und Werkzeugen bestehend, die in „antidiluvialen“, in „vorflutlichen“ Erdschichten gefunden wurden. Sie wurden anfänglich heftig bestritten; bald hieß es, die Schichten, darin die Steingeräte entdeckt, seien nicht vorflutlich, bald leugnete man die künstliche Herstellung solcher Feuersteingeräte und sprach sie als Naturspiele an. Dann kam 1856 die Entdeckung eines antidiluvialen menschlichen Skeletts im Neandertal (unweit Düsseldorf) durch den Elberfelder Gymnasiallehrer Hühnert, und damit entbrannte der Streit um den vorflutlichen Menschen von neuem aufs befeuert. Nur ein paar englische und französische Forscher stimmten Hühnert in seinem Urteile bei, hier liege eine ältere Aus-

prägungsform des Menschen vor: die deutschen Fachmänner wiesen in überwiegender Mehrzahl diese Anschauung zurück, die schließlich durch Virchow (1872) völlig abgetan wurde. Den Hauptgrund für solche befremdliche Stellung der Fachleute zu dem Neandertaler Funde, der in seinem Knochenbau so beträchtliche Abweichungen von dem unsern zeigt, hat Hühnert, der sich durch nichts beirren ließ, wohl selbst richtig erkannt, wenn er von der „Besangenheit“ spricht, die damals noch schwer auf die Gemüter vieler Fachmänner drückte, wenn sich ihnen die Wahrscheinlichkeit des diluvialen Alters unserer Gattung auch nur aus der Ferne zeigte, eine Besangenheit, die alle Beweise für einen so frühen Ursprung der Menschheit in das trügerische Reich der Selbsttäuschung und der Zufälligkeiten verwies.“ Inzwischen hatte der französische Vorgeschichtsforscher Marillet durch Zusammenfassung und eine erste Deutung der bis dahin gemachten Funde bearbeiteter Feuersteine das Problem des Diluvialmenschen von der kulturellen Seite her zu lösen versucht und war zur Aufstellung gewisser Typenreihen von steinernen Waffen und Werkzeugen gelangt (1869). Die einzelnen Typenkomplexe benannte er nach den ersten Fundstellen; sein System wurde später von anderen erweitert und ausgebaut, und so unterscheiden wir heute als Kulturtypen der Diluvialzeit bezw. Altsteinzeit („Paläolithikum“), das Chelöen, das Acheuléen, das Moustérien, das Aurignacien, das Solutröen und als jüngste, in den Ausgängen des Diluviums fallende Kulturperiode, das Magdalöen. Um das kurz zu erwähnen: Das Hauptgerät des Chelöen ist ein massiger, großer, roh behauener, offenbar in der Faust gehaltener Steinkeil, im Acheuléen hat dieser Faustkeil bereits bessere Herrichtung erlangt und nähert sich in der Form etwa einer Mandel oder dem Herz der Spielarten; das Hauptwerkzeug des Moustérien ist eine dreiseitige, scharfkantige Spitze, die als Lanzenspitze oder als Messer dienen konnte; im Aurignacien werden alle Steingeräte kleiner, handlicher, sind viel sorgfältiger hergestellt und lassen besonders Werkzeuge vom Schaben und Kraben, Schneiden und Bohren erkennen, zugleich beginnt in dieser Epoche die Knochenindustrie. Die beiden letzten Kulturperioden der Altsteinzeit — so genannt im Gegenlag zur „Neusteinzeit“ (Neolithikum), während welcher der Mensch bereits gelernt hatte, den Feuerstein zu schleifen und zu polieren — zeichnen sich das Solutröen durch technisch meisterhafte Lanzenspitzen, Pfeil- und Harpunenspitzen, das Magdalöen durch das Ueberwiegen von hölzernen Gerätschaften aller Art aus.“ In seinem jüngst erschienenen, sehr anschaulich illustrierten und gerade in das Gebiet der Kulturentwicklung der Altsteinzeitmenschen den Leser ebenso mühelos belehrend wie unterhaltend einführenden Büchlein „Der Mensch vor 100 000 Jahren“ hat Hauser versucht, schätzungsweise auch Zahlen der Dauer dieser einzelnen Kulturperioden zu geben. Wir hätten uns nach ihm das Magdalöen etwa 10 000—25 000 Jahre vor unserer Zeitrechnung zu denken, das Solutröen etwa 25 000—30 000, das Aurignacien etwa 30 000 bis 40 000, das Moustérien etwa 60 000—80 000, das Acheuléen etwa 80 000—150 000, das Chelöen endlich rund 150 000—180 000 Jahre zurückliegend anzunehmen. Paläontologie und Geologie, die Wissenschaft von den ausgestorbenen Lebewesen und die Erforschung des Erdbaus, brachten uns die weiteren Beweise dafür, daß das Diluvium klimatisch keine einheitliche Erdperiode gewesen ist, daß während seiner Dauer vielmehr Zeiten strenger Kälte („Eiszeiten“) mit solchen größerer Wärme („Zwischeneiszeiten“) abgewechselt haben. Nach den Forschungen Albrecht Wendts hätten wir vier große Eiszeiten („Glazialzeiten“) und drei Zwischenzeiten („Interglazialzeiten“) anzunehmen. Von den oben genannten Kulturperioden fällt das Chelöen und Acheuléen in die zweite Zwischenzeit, während welcher in Europa der größte aller Elefanten, der etwa 5 Meter hohe, sogenannte Auferlöselefant, das sogenannte Merckische Nashorn und ein großes Flußpferd heimisch waren; das Acheuléen reicht auch noch in die dritte Eiszeit hinein, die im übrigen von der Moustérienkultur erfüllt wird, und während welcher Mammut, Wisent, Rentier, ein mit dichtem Fell bedecktes Nashorn, Höhlenlöwe und Höhlenbär usw. bei uns hausten. Aurignacien, Solutröen und Magdalöen gehören der vierten Eiszeit an, die langsam ausklingend, in die klimatischen Verhältnisse der Gegenwart überleitete.

So hat sich uns das Bild des Diluviums allmählich in immer bestimmteren und schärferen Umrissen herausgebildet, und auch für die Beurteilung der diluvialen Menschenfossilien haben wir aus diesem geologischen, paläontologischen und kulturellen Wille wesentliche Anhaltspunkte gewonnen.

Dem ersten Skelettfund im Neandertal folgte 1887 ein bedeutenderer ähnlicher Fund zu Spy (unweit Namur, im Tal eines Nebenflusses der Maas). Hier wurden inmitten der Ueberreste von Mammut, wollhaarigem Nashorn, Höhlenbären usw. die Knochen

*) Im Berliner Völkerkundemuseum findet der Leser im Erdgeschloß linker Hand übersichtlich geordnete Sammlungen aus diesen einzelnen Epochen und vermag so ein klares Bild von der Entwicklung menschlicher Kultur der Urzeit zu gewinnen.

zweiter menschlicher Skelette gefunden, die in allen Teilen ganz auffällig dem Diluvialmenschen aus dem Neandertal gleichen. Man hätte demnach glauben sollen, daß nunmehr die Existenz einer besonderen Diluvialmenschenrasse allgemein anerkannt worden wäre. Dem war aber nicht so. Die Autorität Rudolf Virchows, der in dem Greife aus dem Neandertal einen von allen möglichen schweren Krankheiten entsetzten Menschen sehen zu müssen vermeinte, stand dem hindernd entgegen. Erst im Jahre 1901 vermochten Schwabbe und Klaatsch den unüberleglichen Nachweis zu führen, daß die erwähnten Skelettfunde in der Tat einer altweltlichen rassistischen Menschenform angehören, die wesentlich verschieden ist von allen heut lebenden, und die wir nach ihrem erliefundenen Vertreter jetzt die Neandertalrasse nennen. Ein glücklicher Zufall wollte es, daß noch im selben Jahre bei Krapina in Kroatien mehrere Ueberreste solcher Neandertalmenschen gefunden wurden. Dazu kamen 1908 der jugendliche Mensch von Le Moustier und der Greif von La Chapelle-aux-Saints, ein Jahr später der Fund von La Ferrassie, diese drei in der Dordogne entdeckt, 1911 der Neandertaler von La Quina (aus der Gharante), und es gelang nunmehr auch auf Grund der Arbeiten Schwabbes und Klaatschs, einer Reihe älterer Funde, die bis dahin nur einzeln beschrieben worden waren, den gebührenden Platz in der Neandertalrasse anzuweisen. So wissen wir heute, daß diese Diluvialrasse während der dritten Eiszeit ausgedehnte Gebiete Europas bevölkert hat, sich von Spanien aus über Frankreich und Belgien nach Österreich und Deutschland erstreckte. Das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal der Neandertalrasse ist am Schädel die überaus starke Entwicklung der sogenannten hölzernen Augenbrauenwülste, die miteinander verschmelzen, das Gesicht wie das emporgeschlagene Visier eines Ritterhelms überragt haben müssen. Das mächtige Gebiß streifte wie eine tierische Schnauze aus diesem Gesicht, dem noch das Kinn völlig mangelte, und dessen flache, breitflügelige Rale ihre Ristern noch nach vorn (und nicht nach unten) öffnete. Die sehr plumpen Gliedmaßenknochen, zumal der Oberarm und die sogenannte Speiche (Radius) des Unterarms, zeigen eine ganz unfällige Krümmung, die an die Verhältnisse bei Affen und noch niederen Tieren gemahnt. Es war ein Kleinwüchsiger (etwa 1,60 Meter hohe), kräftige, gedrungene Rasse, die in den Körperverhältnissen am ehesten etwa den heutigen Estimos vergleichbar ist. Auf den kurzen Beinen saß ein verhältnismäßig langer Rumpf, der auf kurzem Halbe den massigen, gleichsam lang ausgezogenen Kopf mit einem bedeutend vortretenden Hinterhaupt balanzierte. Den noch wenig entwickelten Fuß vornehmlich mit dem äußeren Rande aufliegend, die Knie leicht gebeugt, trug der Neandertaler vermutlich Kumpf und Haupt etwas vornüber geneigt. Das Gesicht machte mit der stumpfen Nase, den rundlichen Glotzen, der fliehenden Stirn und dem suchbaren, vorstehenden Gebisse durchaus einen tierischen Eindruck. Ein „Tier unter Tieren“ nannte Klaatsch denn auch mit gutem Recht den Neandertaler, dessen feinerne Werkzeuge (Acheuléen und Moustérien) jedoch ebenso wie die Verwendung des Feuers zur Vereinerung der Nahrung von menschlicher Intelligenz zeugen. Aus dem Mangel jeglicher Kinnvorsprünge schlicht Wallhoff mit guten Gründen auf ein kaum entwickeltes Sprachvermögen. Andererseits verrät uns die sorgliche Verfassung, die der Neandertaler seinen Toten zuteil werden ließ — er gab ihnen Waffen und Nahrungsmittel auf den Weg ins Jenseits mit — die Anfänge religiöser Vorstellungen. Darauf hin deutet auch der Brauch des Verzehrens der Toten, worüber ich hier schon früher (33. Jahrgang Nr. 325) das Wichtigste gesagt habe.

Das „Autoped“

Ist der neueste Pariser Sport. Es stammt aus Amerika und besteht aus einem zierlichen Dreiräder, worauf man gerade mit beiden Füßen stehen kann; eine quer gestellte Stange dient als Stütze und Steuer; an der Vorder- und Rückseite des Standbrettchens ein Rad auf Luftreifen; dazu noch ein Miniaturmotor, der seine Kraft auf das Vorderrad überträgt. Das ist alles. In Paris macht dieses Beförderungsmittel Furore. Es bietet dem Fahrer Gelegenheit, zierliche Schändel und Kurven zu beschreiben, ungefähr — natürlich aber in größerem Maßstabe — wie ein Schlittschuhläufer mit seinen Schlittschuhen. Herren, sowohl wie Damen huldigen dem neuen „Autopedismus“. Aber wenn ihr mich fragt — bemerkt der Pariser Verkehrsstatistiker des Amsterdamer Blattes, dem wir diese Nachricht entnehmen — ob dieser neueste „ismus“ auch Aussicht hat, bei uns in Holland populär zu werden, so rate ich euch, zuerst nachzugehen, ob auch — eure Vorräte an nationalem Vergnügen ausreichen. . . .

Notizen.

— „Der Komödiant kann einen Pfarrer lehren.“ Wie aus Wien gemeldet wird, ist der frühere Hofkammerdiener Jakob Schreiner zum Professor der Rhetorik an der Wiener Universität ernannt worden. Er wird seine Vorlesungen für Studierende der Theologie und für Geistliche halten.

Anders Hjarmsted.

Von Jakob Knudsen.

Es war, als ob der Mann da draußen mit den Pferden gerade in die Falle gehen sollte. Er hielt erst an, als er etwa zehn Klafter von der Stelle entfernt war, wo Per Hjarmsted lag.

„Bleib nun hier im Klee drin liegen,“ flüsterte der seinem Sohne zu, „bis ich ihm gegeben habe, was ihm gebührt. Und kommt es so, daß ihm oder mir etwas zustoßt, so kannst Du ja vortreten und Deine Hilfe anbieten.“

Aren Thomsen war von dem Sattelpferd abgestiegen, hatte das Handpferd abgekoppelt und die Läder eingeschlagen; seine Pferde liefen gleich mit den Köpfen in den Klee hinein.

„So, so, so, liebe Vise, liebe Mett! — Pakt nur zu, pakt nur zu!“ hörte Anders ihn sagen, so freundlich und froh, genau, wie wenn er seinen Gästen Sahne und Zucker zum Kaffe anbot.

Im gleichen Augenblick entsetzte sich Anders, da er seinen Vater auffpringen sah — mit einer schnellen Bewegung, wie ein großes Tier, das plötzlich aufgeschreckt wird. Anders sah ihn durch den Klee vorwärts wanken — und hatte die Empfindung, als wäre es etwas völlig Naturwidriges oder Ueberraturliches — Menschenfresserei oder Spuk oder etwas Aehnliches — das, was jetzt vor sich gehen sollte. Doch es mußte ja trotzdem gerecht sein, wenn sein Vater es tat. — — —

„Ah, ist das Bier! — Toffes, Bier, bist Du's!“ hörte er es mit Aren Thomsens Stimme rufen, dann hörte er starkes Pferdegetrappel. — Jetzt erst wagte er es, den Kopf zu erheben. — Die beiden fremden Pferde fuhren jedes nach seiner Seite, — und er wurde eine dunkle, sich tummelnde Gruppe draußen auf dem abgegrastem Erdreich gewahrt, aus der es stöhnte und unverständliche Worte in winselndem Tone sagte, mit Aren Thomsens Stimme.

Pflichtig teilte sich die Gruppe, die eine Hälfte stürzte zu Boden, — und nun konnte Anders deutlich seinen Vater unterscheiden, der aufrecht stand und den Arm schwenkte und auf das Niederhieb, was auf der Erde lag.

Jetzt waren es lange klagende Laute, die ertönten, aber gedämpft.

Endlich hielt sein Vater mit den Schlägen inne. „Ah, Gott verzeih Dir, Bier!“ stöhnte es, „ah, Gott verzeih Dir, Bier!“

„Nein, jetzt wäre keine Verzeihung für das hier nötig. Jetzt wird es ungefähr so ausgehn können. — Nun werd ich Dir Deine Pferde holen, damit Du nach Haus kommen kannst.“

Per Hjarmsted ging ein paar Schritte auf die beiden Pferde zu, die sofort nach ihrem ersten Schrecken sich wieder im Klee zur Ruhe begeben hatten.

„Anders,“ rief er, „komm mir doch helfen!“

Als sie mit den Pferden zu Aren Thomsen hinkamen, lag er noch an der Erde, stützte sich aber doch auf den einen Ellbogen.

„Glaubst Du, daß Du Dich sammeln und allein mit den Pferden nach Hause reiten kannst?“ fragte Per Hjarmsted.

„A, ich weiß nicht, liebster Bier; Du hast mir gewiß alle Rippen gebrochen. — Kann der Junge nicht ein kleines Stück Wegs mitkommen?“

„Du kannst ihn nach Hause begleiten und kommst dann sofort zurück,“ sagte Per Hjarmsted zu seinem Sohne.

„Wollt Ihr denn auch davon schweigen, liebster Bier? Was, lieber Anders, wollt ihr das?“

„Ja, daß jemand drum ins Unglück kommen soll, das ist's ja nicht wert,“ erwiderte Per Hjarmsted.

Mit vieler Mühe bekamen sie Kresten*) auf das Pferd hinauf; er konnte nicht aufrecht sitzen, sondern mußte über den Hals des Tieres vorgebeugt liegen.

Per Hjarmsted sagte: „Gutnacht und gute Besserung“ und ging heimwärts. Anders folgte mit Aren Thomsen, indem er beide Pferde am Maul führte. — Kresten sah den ganzen Weg über bloß da und stöhnte. Anders konnte gar nichts sagen. Sein Eindruck von dem Manne da oben auf dem Pferd war allzu gemischt und verwirrt dazu. Wie konnte er gleichzeitig zu ihrem guten Bekannten und wohlgeleiteten

*) Der Name Kresten wird Kresten gesprochen, wenn er allein steht; zusammen mit einem Nachnamen wird er Aren gesprochen: z. B. Aren Thomsen.

Nachbar sprechen — und dann zu einem Dieb, einem Verbrecher, den sein Vater durchgeprügelt hatte.

Erst als sie nach Hause auf Aren Thomsens Hof gekommen waren, sagte dieser: „Lieber Anders, möchtest Du wohl ganz leise ans Fenster des Laurids hier am Ende des Hauses klopfen, der Anecht soll's ja nicht merken.“

„Ja, aber verborgen kann es doch nicht bleiben,“ sagte Anders und ließ die Pferde los, um den Sohn Laurids zu rufen.

„Doch — Euch kann doch auch nicht damit gebient sein, daß es bekannt wird,“ erwiderte Kresten.

Kurz darauf hatten dann Anders und Laurids im Verein den Mann vom Pferde hinabgelassen. Laurids hatte seine Mutter gerufen, und die drei Menschen trugen halb, halb stützten sie Aren Thomsen und führten ihn auf die Art in sein Bett. — — —

Als Anders nach Hause ging, war ihm sehr schlecht zumut. Da hatte die Gerechtigkeit ja einen großen Sieg gewonnen. Aber er hatte in diesem Fall nichts über das Unrecht gehört, bis die Strafe zugleich kam; und Aren Thomsen hatte er immer so gern gehabt. — Sonst, wenn sein Vater einem seiner vielen Prozesse führte oder auf andre Weise mit dem Unrecht im Streite lag, wovon das ganze Kirchspiel erfüllt war, — sonst hatte Anders Zeit gefunden, über die Unehrlichkeit des Feindes, seine rücksichtslose Begehrlichkeit oder was es nun sein mochte, ergrimmt zu sein, und er hatte sich dann gekreut, wenn sein Vater all diese Schlechtigkeit angreifen und strafen konnte. Hier jedoch — — — er war eher im Begriff, etwas Aehnliches zu empfinden, wie es ihn manchmal überkam, wenn die strenge Rechtsverfolgung des Alten über den Knaben selbst ausging: er empfand einen dunkeln Zweifel an der Gerechtigkeit des Vaters, — einen Zweifel, der etwas Befreies an sich haben konnte, hauptsächlich aber Angst war — weil er gar nicht wußte, was übrig blieb, wenn die Autorität des Vaters zerbrach. Eins aber stand ihm jetzt ganz klar vor Augen: wenn Aren Thomsen ein Schurke war, so war sein Vater der einzige rechtschaffene Mann hier im Kirchspiel. — — —

Am Abend des nächsten Tages war es allen bekannt und wurde allgemein beklagt, daß Aren Thomsen früh am Morgen in seiner Scheune ganz oben von dem Halmnenbalken herabgefallen war und sich zwei Rippen zerklüftet hatte. (Fortf. folgt.)

